

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1, 20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8 Pfg. Extrablätter: Durch die Post bezogen vierteljährlich 1, 25 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Abdruckungsberechtigung die jedes beliebige Zeitung oder deren Raum 20 Pfg. Inzerate der sozialdemokratischen Parteien und freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprachstunden der Redaktion, an allen Wochentagen 12 - 1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 33.

Danzig, den 23. April 1913.

4. Jahrgang.

Arbeiter! Rüstet zur Maifeier!

„Höhere“ Schulen.

Wozu brauchen wir „höhere“ und „niedere“ Schulen? Wohl kann man sich vorstellen, daß verschiedenartige Schulen notwendig sein müssen, je nach der verschiedenen Auszubildung, die die Kinder für ihren späteren Beruf im Leben brauchen. Aber das hat denn doch nichts mit „hoch“ und „niedrig“ zu tun. Halten wir uns, um die wahren Gründe dieser Teilung zu finden, gleich an die „höchste“ aller Schulen, an das Gymnasium. Da wird von denen, die das humanistische Gymnasium „in seiner Eigenart erhalten wollen“ gesagt, es sei die Gelehrtenschule. Nur das humanistische Gymnasium könne diejenige Bildung geben, die den Betrieb der Wissenschaft und die geistige Führung der Nation erfordern. Damit steht aber in seitigem Widerspruch die Angabe eben derselben Personen, daß das Gymnasium heutzutage weit entfernt sei, diese Aufgabe zu erfüllen. Gerade die eifrigsten Vertreter des Gymnasiums haben neuerdings dessen Leistungen in Grund und Boden verdammt. So erklärte z. B. im preußischen Herrenhaus am 21. Mai 1912 Herr Dr. Graf York von Wartenburg: „Mit unseren Abiturienten steht es übel, sie können im allgemeinen nichts gründlich, und ihr deutscher Stil ist fast noch schlechter als der lateinische.“ Ein Oberlehrer hatte ihm mitgeteilt, daß die Unfähigkeit des Wissens bei den Abiturienten sich auf alle Bezirke erstreckt. Auf Fragen die durchaus der allgemeinen Bildung angehören, werden oft die unglaublichsten Antworten gegeben. Fast noch schlimmere Angaben machte in der gleichen Sitzung der Fachmann, Professor Hillebrandt. Fragt man nach den Ursachen dieser vorraus mangelhaften Leistungen, so sind es auch darüber die Sachverständigen vollkommen einig: es bejammern das Gymnasium viel zu viel ungeeignete Schüler, d. h. Schüler, welche für die schwere Last, die dort geboten wird, nicht die nötige Befähigung haben. In der Reichstagsabstimmung vom 23. Januar 1913 teilte der Oberlehrer Kuchhoff vom Zentrum mit, daß nur drei Fünftel derer, die in die Sexta eingetreten sind, das Einjährigengzeugnis erlangen. Nur ein Viertel aber von allen Sextanern erreicht das Ziel der Schule, das Abiturientenexamen, und von diesem Viertel wiederum nur ein Viertel in der vorgeführten Zeit!

Wie kommt es nun, daß das Gymnasium — und so ziemlich daselbe gilt auch von den übrigen höheren Schulen — dermaßen überlaufen wird von ungeeigneten Schülern, von Schülern, die weder die Fähigkeit noch auch nur die Absicht haben, die Schule bis zum Abiturientenexamen durchzumachen? Auch darüber sind sich die Fachleute durchaus im klaren: es ist eben ein großer Irrtum, anzunehmen, daß das Gymnasium die Schule für die Befähigten, die Begabten, die späteren Gelehrten sei. Es ist vielmehr die Schule für die Reichen, für diejenigen, die Geld genug haben, ihren Kindern durch den Besuch der höheren Schule allerlei Berechtigungen zu erwirken. Am schlimmsten wirkt die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst, die auf der höheren Schule erworben wird. Sie verhilft geradezu den Unterricht. Hören wir darüber wieder die Stimmen einiger sehr „staatsertreuender“ Leute.

In der schon erwähnten Sitzung des Reichstags vom 23. Januar 1913 sagte der Württembergische Studien- und Lehrminister, daß infolge des Einjährigengzeugnisses das Gymnasium „mit Schülermaterial belastet ist, dem die Schnur alles, die Bildung nichts ist... Das Einjährigengzeugnisrecht ist heute ein Privileg nicht der Tüchtigen, sondern der Vermögenden... Was sich in den höheren Schulen die Schnur erstreckt, das ist eher geistig und körperlich verkrüppelt, als daß es wirklich gebildet wäre.“

Der bereits genannte Oberlehrer Kuchhoff vom Zentrum sagte: „Heutzutage werden die höheren Schulen vielfach nicht zu dem Zweck besucht, um sich höhere Bildung zu erwerben, sondern allein zu dem Zweck, das Einjährigengzeugnis zu bekommen.“ Weit größer drückte sich Professor Lphues aus, der das Gymnasium eine Probeanstalt nannte für die Söhne derer, die Geld haben. Und Professor Hillebrandt gab der Empfindung Ausdruck, „daß heute unser Gymnasium eine Schutzstätte für die geistig Schwachen“ ist. Man habe sich gewöhnt, „unsere höheren Schulen als ein Warenhaus zu betrachten, wo man mit billiger Arbeit und mit geringen geistigen Mitteln gute Berechtigungen bekommt.“ Er schaute sich auch nicht, den Judrang zum Studium einfach als „Kampf um den Futterplatz“ zu bezeichnen.

Wenn man somit den Ursprung des Übels ganz gut kennt, so ist natürlich auch der Weg zur Heilung klar vorgezeichnet: es müßte eine geistige Auslese stattfinden, nur die Befähigten dürften zur höheren Schule zugelassen werden. Das wünscht denn auch Prof. Hillebrandt mit den Worten:

„Allen Begabten muß Tür und Tor geöffnet werden, ob arm, ob reich, aber die Unbegabten sollen möglichst zurückgehalten werden, gleichgültig ob arm oder reich.“

Leider hat er jedoch hinzuzufügen, wie man das wohl machen soll? Heutzutage entscheidet schon der erste Schritt in die Schule hinein meist über das ganze spätere Leben. Haben die Eltern kein Geld und müssen sie deshalb das Kind in die Volksschule bringen, so nützen ihm die herrlichsten Begabungen nichts, es wird kaum je zu einer höheren Laufbahn gelangen können. Umgekehrt wird gerade deshalb jeder Vater, der es irgend erschwirgen kann, für

seine heiligste Pflicht halten, das Kind in die höhere, womöglich in die höchste Schule zu schicken, um ihn später jede Laufbahn offen zu halten. Denn bei einem 6—9 jährigen Kinde kann man ja noch gar nicht wissen, was es für Begabungen hat und für welchen Beruf es sich später einmal eignen wird. Wer wolle da die fürchtbare Verantwortung auf sich nehmen, aus Geiz dem Kind irgend eine Laufbahn verschlossen zu haben, da er doch immer damit rechnen muß, daß sich später Fähigkeiten zeigen, die man in so früher Jugend noch nicht erkennen konnte? Nur der bringt sein Kind in die Volksschule, der es mit Hilfe, weil er die höhere Schule nicht bezahlen kann.

Das Ganze zeigt eben wieder die totale Verteiltheit und Verwirrtheit unserer Zustände, die das ganze Leben nach der Größe des Geldsacks abstufen. Einen Weg hinaus aus dieser Misere gibt es allerdings, und der heißt: Einheitschule. Will man wirklich alle Begabten zulassen und alle Unbegabten zurückweisen, gleichgültig, ob reich oder arm, dann muß man erstens die Entscheidung bis in ein Lebensalter verschlehen, wo sich die Begabung erkennen läßt, und zweitens muß man allen die Gelegenheit geben, ihre Begabung zu zeigen und zu entwickeln. Man muß also sämtliche Kinder — die des Tagelöhners sowohl wie die des Fürsten — im Alter von 6—14 Jahren in dieselbe gemeinschaftliche Volksschule schicken, wo ihnen auf Staatskosten die gleiche Grundlage allgemeiner Bildung geboten wird. Haben sie diese acht Schuljahre hinter sich, dann muß sich daran die Fachausbildung für den Beruf anschließen. Dann kann es also auch Gelehrtenschulen geben, welche vom 14. Lebensjahre an diejenigen Kinder besuchen, die dazu befähigt sind und einen Gelehrtenberuf ergreifen wollen. So ist die Einheitschule nicht nur Voraussetzung für eine gründliche allgemeine Bildung des gesamten Volkes, sondern auch für einen gründlichen Betrieb der Wissenschaften. Aber merkwürdig, nur die Sozialdemokratie erstrebt die Einheitschule, von sämtlichen „staats-erhaltenden“ Parteien wird sie bekämpft.

Politische Übersicht.

Schutz den Steuerhinterziehern.

Die Erhebung des Wehrbeitrages setzt eine das ganze Reich umfassende Veranlagung der Vermögen voraus. Daß in den einzelnen Staaten bedeutende Teile des Vermögens der Besteuerung hinterzogen werden, ist eine bekannte Tatsache, die ihre Bestätigung auch darin findet, daß in dem Entwurf über den Wehrbeitrag ausdrücklich Strafflosigkeit zugesichert wird für die seither hinterzogenen Steuerbeträge, wenn nur der Steuerhinterzieher jetzt sein Vermögen richtig angibt. In den letzten Wochen sind große Kapitalien in das Ausland gewandert, um dort zinsbringend angelegt und der Erfassung durch den deutschen Wehrbeitrag entzogen zu werden. Das hat zu dem Gedanken geführt, den privaten Geldinstituten eine Auskunftspflicht aufzuerlegen über alle Transaktionen, die sie in den letzten Monaten vorgenommen haben. In kapitalistischen Kreisen hat dieser Vorschlag Angst und Schrecken hervorgerufen. Die „Post“ ausgezeichnet das Organ jener Kapitalisten, die das Meiste an der Wehrvorlage verdienen, behauptet nun, in der Lage zu sein, sicher zu können, daß diese Befürchtungen total unbegründet sind. Die Bestimmungen des Gesetzes enthalten eine solche Auskunftspflicht nicht, und es sei ausgeschlossen, daß etwa Ausführungsbestimmungen des Bundesrats eine derartige Vorschrift enthalten könnten. Das Blatt fährt fort:

„Ein solches Verfahren kann nicht durch Ausführungsbestimmungen geregelt werden, sondern bedürfte einer gesetzlichen Festschreibung, die aber nicht vorgegeben ist.“ Bankrott und Rundschau haben demnach in dieser Hinsicht keinerlei Anlaß zu Besorgnissen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß etwa im Reichstage Neigung besteht, in dieser Hinsicht verschärfende Bestimmungen über die Vermögenserklärung zu erlassen, die etwa nach dem Muster der für Preußen gültigen Vorschriften für die Einkommens- und Ergänzungsteuer erfolgen soll.“

Soll das vorhandene Vermögen auch in seinem ganzen Umfang zum Wehrbeitrag herangezogen werden können, dann ist es allerdings Pflicht der Regierung, eine Auskunftspflicht der Banken herbeizuführen. Die „beruhigenden“ Versicherungen der „Post“ können nur den einen Zweck haben, die Steuerhinterzieher zu beruhigen und ihnen die Versicherung zu geben, daß sie auch fernerhin den Staat nach allen Regeln der Kunst betrügen können. Auf die Opferwilligkeit kapitalistischer Kreise wirft dies allerdings ein bezeichnendes Licht. Wenn sie wirklich so opferwillig sind, wie in ihrer Presse immer berichtet wird, dann dürften sie nichts dagegen einzuwenden haben, wenn den Banken eine Auskunftspflicht auferlegt wird, sie sollten nur so weniger dagegen einzuwenden haben, als ihnen wegen der bisherigen Steuerhinterziehungen ausdrücklich im Gesetz Straffreiheit zugesichert ist. In Wirklichkeit besteht aber die Absicht, neben dem Staat jetzt auch das Reich kräftig zu beunruhigen.

Steuerschächer.

Der Schächer um die neuen Steuern setzt bereits auf der ganzen Linie ein. In der Hauptsache kommt es den blauschwarzen Parteien darauf an, die Nationalliberalen von dem Gedanken ab-

zubringen, die Einführung direkter Reichssteuern durchdrücken zu helfen. Die „Conservative Korrespondenz“ setzt auseinander, daß der einmalige Wehrbeitrag mit einer gewissen Progression gesichert sei. Die Hinausschiebung der Ermäßigung der Zuckersteuer und der Stempel auf Gesellschaftsgründungen dürften sicher die Zustimmung der Mehrheit finden. Dagegen sei das Schicksal des Erbrechtes des Staates und des Stempels auf Versicherungen sehr fraglich. Um den dadurch entstehenden Ausfall zu decken, werden die Konservativen in Erwägung ziehen: erstens die Erhöhung des Emissionsstempels auf ausländische Wertpapiere und Ausdehnung auf inländische Obligationen, zweitens Ausbau der Talonsteuer und drittens Erhöhung des Börsenumsatzstempels. Dagegen sind die Konservativen nicht zu haben für die Vermögenssteuer, die den Einzelstaaten eventuell aufgezwungen werden soll. Sie befürchten, daß auf diese Weise die Erbschaftsteuer auf Umwegen eingeführt werden soll. Die ganze Situation wird von dem konservativen Organ so bezeichnet:

„Es sieht also in der Hauptsache die Frage zur Entscheidung, ob der Umweg über die Einzelstaaten gegangen werden soll, oder ob andererseits die Erbschaftsteuer auf das Kindeserbe und die Vermögenssteuer als Reichsteuer eingeführt werden sollen. Rammlich für die letztere scheint eine Mehrheit im Reichstage leicht erreichbar zu sein. Der Reichskanzler hat aber gegen Schluß der Debatte Veranlassung genommen, ganz ausdrücklich vor dem Fortschreiten dieses Weges zu warnen, „da er nicht zum Ziele führen könne. Er hat also in Aussicht gestellt, daß die verbündeten Regierungen die Reichsvermögenssteuer im Interesse der Selbständigkeit der Einzelstaaten nach wie vor ablehnen und an diesem Beschluß festhalten werden.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, die sich zur gleichen Zeit mit der Steuerfrage befaßt, will nun aus Auslassungen des „Reichsboten“ den Schluß ziehen, daß auch in den Reihen der Konservativen die Freunde der Erbschaftsteuer sich vermehrt haben, und meint dann:

„Mit dem aber so, dann würde die gewünschte Verständigung in nicht allzu weitem Felde stehen. Und wenn auch der extrem-agrarisches Flügel der Konservativen abseits stehen bleibt, so wäre doch die Mehrheit so groß, daß auf die Hilfe der Sozialdemokratie verzichtet werden kann. Damit wäre der Wunsch der Konservativen und des Zentrums auf Verabschiedung der Vorlagen durch die gleiche Mehrheit erfüllt.“

Die Konservativen sehen natürlich vor „daß dieser Steuerhinterzieher nicht ohne Einfluss auf den Kampf zu den preussischen Landtagswahlen sein kann, und deshalb schlägt die „Conservative Korrespondenz“ im Hinblick auf die bevorstehenden Pfingstferien des Reichstags vor:

„Wir würden es deshalb für dringend erwünscht halten, wenn in der jetzt eingetretenen Pause die Erörterung der politischen Streitfragen, die mit der Besitzsteuer verknüpft sind, nach Möglichkeit eingestellt würde, und sind unserserseits gern bereit dazu.“

Den Nationalliberalen wäre es gewiß zuzutragen, daß sie auf diesen Vorschlag hereinfallen, aber die patriotische Angst vor dem Steuerzahler ist doch zu groß, als daß der Schächer einseitig eingestellt werden könnte.

Ungültige Wahlen.

Wie wir schon meldeten, hat am Donnerstag voriger Woche der Reichstag die Wahl des Abgeordneten für Sachwehel-Gardelagen von Recher für ungültig erklärt. Er war in der Stichwahl gegen den Dr. Böhme, welcher der Kandidat des Bauernbundes war, mit zirka 300 Stimmen Majorität gewählt worden. Damit ist einer der gefährlichsten Gegner und Scharfmacher gegen die Sozialdemokratie, vorläufig wenigstens, aus dem Reichstage befreit. Bekannt ist der edle Junker durch seine parteiische Amtsführung als Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses gegen unsere Genossen, die mit ihm manch klotten Strauß auszufechten hatten. Aber weit mehr ist sein „Beredigtheitsgeschick“ gegen die Arbeiterschaft, speziell gegen die Sozialdemokratie bekannt, was er ganz in brutaler Unterüberhebung zur Schau trug, indem er im Reichstag offen erklärte, daß die Sozialdemokratie nur als Objekt und nicht als Subjekt der Gesetzgebung ansehe. Das ist die Credulität des preussischen Junkertums. Hoffentlich bleibt durch die Nachwahl dem Reichstage die Ehre vorenthalten, den Junker Kröcher wieder in seiner Mitte zu sehen. — Weiter wurde die Wahl des Abgeordneten für Baldauf, Vietmeyer, welcher der Wirtschaftlichen Vereinigung angehört, für ungültig erklärt. Beide Herren sind durch ungeheuerliche Unregelmäßigkeiten und Irreführung der Wähler in den Reichstag gelangt.

Deutschland.

Eine Gegen-Gründung des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen die „Volksfürsorge“.

Ein vertrauliches, vom 31. März 1913 datiertes Schreiben des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes an einen großen Teil seiner früheren Mitglieder ist uns zugegangen. In diesem Rundschreiben werden folgende Fragen an die Mitglieder gerichtet:

Schließt sich der Verband wie andere nicht sozialdemokratische Gewerkschaften der deutschen Volkerversicherung als Abteilung an? Stellt er sich wie die Sozialdemokratie auf eigene Füße? Belehrt er die Kräfte und die Mittel dazu?

Um den Mitgliedern die eigene Volkerversicherung schmacht zu machen, und um sie zur Zeichnung von Aktien in Höhe von 1000 Mark zu animieren, malt das Rundschreiben das Versicherungsgefühl in diesen Farben:

„Die Erwerbsgesellschaften, die jetzt Volkerversicherung betreiben, vor allen die (süßliche) „Victoria“ und die (süßliche) „Friedrich Wilhelm“ haben diesen Versicherungszweig bei den Arbeitern in starken Mißtraub gebracht durch die Art ihres Geschäftsbetriebes, den damit verbundenen Verfall von Versicherungen und die riesigen Gewinne, die sich daraus für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ergeben. Hier steht die Sozialdemokratie ein. Sie hat eine Versicherungsgesellschaft „Volkersorge“ mit einer voll eingezahlten Million Aktienkapital gegründet. 4300 Vermittler sollen schon bereit stehen. Auswählige Millionen an Reserven kann die Gesellschaft in die Hand bekommen, die jetzt schon riesige wirtschaftliche Macht der Sozialdemokratie wird ins Ungeheure steigen und sich mit den Großbanken messen oder verbinden. Die Partei des Umsturzes wird sich immer mehr zu einem Staat im Staate ausbilden und das Staatsgefüge, das auch uns Handlungsgehilfen den Raum zum Erwerb- und Kulturleben sichert, untergraben.“

Der D. S. V., der den Sozialdemokraten das Einfallstor in neue Kreise verjagen will, wie er so großspurig schreibt, hat, wenn er seinen Plan ausführen will, nach den Vorverhandlungen mit dem Aufsichtsrat für Privatversicherung eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 500 000 Mark zu gründen. Davon sind 25 Prozent bar einzuzahlen; auf eine Aktie von 1000 Mark also 250 Mark. Daneben wird ein Organisationsfonds von etwa 25 000 Mark gefordert. Das Aufsichtsrat verlangt ferner, daß der Verband selbst nicht mehr als den vierten Teil der Aktien übernimmt. Freiwillige Mitarbeiter glaubt der Verband in seinen etwa 3500 Domännern für die verschiedenen Zweige der Verbandstätigkeit zu finden.

Es hängt jetzt nur noch am Geld, deshalb wird in dem Rundschreiben angefragt, wer sich verpflichtet, eine 1000 Mark-Aktie zu zeichnen, und ob im Bedarfsfälle auch nur 500 Mark (immer bei 25 Prozent Barzahlung) gezahlt werden. Das Mitglied soll sich ferner verpflichten, so lange es Aktionär ist, Verbandsmitglied zu bleiben, oder bei Ausschneiden seine Aktie nur an ein Verbandsmitglied zu verkaufen.

Daß der Handlungsgehilfenverband vom deutschnationalen Gaulieur seine Einladung zum Beitritt und zur Aktienzeichnung für das Versicherungsunternehmen mit pöbelhaften Angriffen gegen die Sozialdemokratie spottet, ist bei dem Charakter dieses Verbandes selbstverständlich. Wenn der in Aussicht gestellte Vorteil nicht zehrt, dann soll der sanftmütige Haß gegen die Sozialdemokratie und gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft bei den deutschnationalen keine Wirkung üben. Es ist anzunehmen, daß weder auf die eine noch auf die andere Weise genügend Begeisterung für das Versicherungsunternehmen zusammenzubringen ist.

Ein Konzert als politische Versammlung!

Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Arbeiter-Jugendbildung ist schon allerhand geleistet worden; aber daß eine Jugendfeier, die mit Festprogramm lediglich aus gesanglichen und musikalischen Darbietungen sowie einigen Rezitationen besteht, als „politische Versammlung“ schon vor Beginn der Festlichkeit erkannt und deshalb „ausgelöscht“ wird, weil jugendliche in einer politischen Versammlung nichts zu suchen haben, diese Entdeckung auf dem Gebiete der Jugendbekämpfung dürfte denn doch wohl als Rekordleistung gelten können. In Oberhausen am Niederrhein hatte der dortige Arbeiter-Bildungsausschuß zum letzten Sonntag eine solche Feier veranstaltet. Kurz vor Beginn der Festlichkeit erschien nun der durch die Essener Polizeibehörde bekannt gewordene Polizeikommissar Lehmann mit noch einem Unterbeamten und verlangte Zutritt zum Saal, da er „beauftragt sei, die Versammlung zu überwachen“. Natürlich wurde dem Essener Polizeikommissar plausibel gemacht, daß er in einem Konzert als „Überwachender“ nichts zu suchen habe, doch socht ihn das nicht an. Er drang einfach mit Gewalt in den Saal und schrieb den Anwesenden entgegen: „Ich wende Sie darauf aufmerksam, daß hier eine politische Versammlung stattfindet. Ich löse hiermit die Versammlung auf und fordere die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen!“ Zunächst war Alles verblüfft, dann aber löste sich die Spannung in allgemeines Gelächter auf. Doch der Polizeikommissar nahm die Sache bitter ernst. Da die Festteilnehmer keine Miene machten, zu gehen, schickte er seinen Begleiter nach der nächsten Polizeiwache und im Saal ein uniformierter Kommissar mit drei weiteren Polizeisten zu Saal. Jetzt wurden die Festteilnehmer von den Beamten hinausgedrängt und das nach nicht begonnene Fest war gestört. Recht bezeichnend für die Umrahmung von Festlichkeiten war die Begründung, die der Kommissar für sein Vorgehen in Bereitschaft hatte. Er zog nämlich die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ aus der Tasche und bemerkte: „Hier in der Zeitung ist das Fest öffentlich bekannt gemacht. Dadurch (!) haben wir das Recht der Überwachung. Sätten Sie nur Eintrittskarten oder Einladungszettel ausgegeben, dann wäre die Sache eine andere.“

Als nämlich der Arbeitergesangsverein nach der Räumung des Saales in der Birtsküche ein Viehhorn singen wollte, drohte der reaktiverte Polizeikommissar Lehmann den Anwesenden mit folgenden Worten: „Wenn Sie noch singen, dann wird dafür gefolgt werden, daß der Wirt das Militärverbot bekommt.“ Oberhausen ist keine Garnisonstadt, so daß an sich das Militärverbot einen Oberhausener Wirt wenig genieren könnte. Aber zur Charakteristik der Kampfesweise gegen die Arbeiterjugend sind solche Drohungen doch bemerkenswert.

Natürlich wird aus prinzipiellen und rechtlichen Gründen gegen das Vorgehen dieser Polizei-Kommissare der Klageweg beschritten.

Zentrümliche Boykottaufrufung.

Das „fränkische Volksblatt“ vom 2. April 1913 schreibt:

„Was Frauen vermögen! Man heißt die Frauen so gerne das schwache Geschlecht und doch sind sie eine unwiderstehliche Großmacht, wenn sie ihre Kräfte anwenden wollen.“

Nur ein Beispiel! Durch die Hand der Hausfrauen wandert alljährlich ein kleines Vermögen; denn sie ist ja in der Regel die Käuferin. Was könnte, liebe Leserinnen, aus deinem „Volksblatt“ werden, wenn du unerbittlich nach folgenden Grund- sätzen deine Einkäufe bestellst:

1. Ich kaufe nur in den Geschäften, die im „Volksblatt“ inserieren.
2. Ich sage es meinen Geschäftskunden, daß ich nur deshalb komme, weil ich ihre Inserate im „Volksblatt“ gesehen habe.
3. Ich verlange von meinen Geschäftskunden, daß sie inserieren, wenn sie es bisher noch nicht getan haben.
4. Ich sage ihnen, daß ich nicht mehr komme, wenn sie im „Volksblatt“ trotz meiner Rückfragen nicht inserieren.
5. Wenn alle Borchungen nichts helfen, kaufe ich bei anderen Firmen.

Frauen, wenn Ihr es so macht, seid Ihr eine unwiderstehliche Großmacht! Da wird Euer Geld Kapital für Euerer Zeitung! Dann werdet Ihr bald sehen, wie Euer Blatt durch Euer Arbeit wächst! Dann könnt Ihr mit berechtigtem Stolz sagen:

Wir Frauen haben unser „Volksblatt“ groß gemacht!

Wir haben nichts dagegen, wenn die Zentrumsfrauen so ihr Blatt großmachen, wir wollen uns nur diese Leistung aufheben, um sie gelegentlich den über sozialdemokratischen Terrorismus schreienden Schwarzen unter die Nase zu reiben.

Kleine politische Nachrichten.

Vor der Wehrabgabe zu drücken suchen sich gegenwärtig an der badisch-schweizerischen Grenze deutsche und schweizerische Kapitalisten. Bei den Banken in Basel und Zürich sind bereits nicht weniger als 150 Millionen Mark niedergelegt worden, die man der deutschen Wehrabgabe als Vermögensobjekt entgegen stellen will. Wenn die Preussentaxen bezahlen müssen, reissen sie aus! Ein herrliches Zeugnis für die wahre Einschätzung des Hurratriotismus.

Jordan v. Kröcher, der starke Mann, der einst der Sozialdemokratie Vernichtung androhte, hat es aufgegeben, dieses Ziel zu erreichen. Im preussischen Landtag hat er längst den Präsidentensitz verlassen, weil er mit den sechs Sozialdemokraten nicht fertig zu werden vermochte, und nun will er, nachdem sein Mandat kassiert worden ist, auch nicht wieder in den Reichstag zurückkehren. Wie von nationalliberaler Seite berichtet wird, denkt er für die bevorstehende Nachwahl nicht wieder zu kandidieren. Der starke Mann verstand immer unpersönliche Dinge von der Bildsäule — die Sozialdemokratie aber bleibt.

Ausland. Belgien.

Die ersten Kinderübersiedlungen. Am Donnerstag vormittag ging aus Antwerpen der erste Schub Kinder nach Holland ab. 102 Kinder von streikenden Hasenarbeitern wurden nach Dordrecht geschickt, wo sie von den holländischen Genossen aufgenommen werden sollen. Die Eisenbahnfahrt wird von der Grenze ab von den holländischen Genossen bezahlt. Eine gewaltige Menschenmasse begleitete die Kleinen zum Bahnhof. Um der Kindergruppe Durchgang zu verschaffen, mußte eine doppelte Kette von Ordern gebildet werden, die aus rechts und links von den Kindern nach oländischer Art hand in hand marschierenden Hasenarbeitern bestand.

Den nichtsjagenden Erklärungen des Premierministers Broqueville in den Kammeritzungen vom Mittwoch und Donnerstag wird von keiner Seite große Bedeutung zugemessen. Unser Parteiorgan „Le Peuple“ würdigt sie nicht einmal eines Kommentars, und weist darauf hin, daß die ganze Aufmerksamkeit und Energie der Arbeiterpartei auf die weitere Ausdehnung der Streikbewegung gerichtet bleiben soll.

Revolvererschüsse. Der einzige ernsthafte Zwischenfall, der bis jetzt vorgekommen ist, hat sich am Mittwoch in Löwen ereignet. Dort haben betrunkenen Studenten der katholischen Universität auf spazierende streikende Arbeiter Revolvererschüsse abgegeben, ohne jedoch jemand zu treffen. Die Arbeiter haben sich ruhig verhalten und die Polizei benachrichtigt. Gegen die jugendlichen Revolverhelden ist vom Rektor der Universität eine Untersuchung eingeleitet worden.

Die Parlamentsfraktion erläßt an die belgischen Arbeiter ein Manifest, in dem es heißt: Angesichts der Vertagung der Kammer sei eine Ausdehnung des Streiks und dessen ruhiger Charakter notwendig als je. 400 000 Streikende verdienen Glückwünsche und Dank. Friedliche Kundweillichkeit sichert Macht und Sieg. Hoch der Generalstreik!

Infolge des Seherstreiks erscheint der „Peuple“ jetzt in alle in der Druckerei des „Revue du Nord“ in gewohntem Format und in der Auflage von zwei oder vier Seiten unter Verwahrung und zugunsten des Streikkomitees.

Niederlande.

Rüstungen. Die Kammer beschloß, in die Beratung über die Vorlage betreffend die Küstverteidigung noch vor den Wahlen einzutreten. Der Sozialist Schaper sprach dagegen. Minister Dr. Heemstek erklärte, die Regierung erachte die Verbesserung der Landesverteidigung für eine dringende Pflicht. Der Liberale Karnbeek machte geltend, daß alle europäischen Staaten, besonders die Nachbarstaaten im Süden, die Verteidigungsmittel verstärkten.

Großbritannien.

London. Eine Zepelin-Debatte im Unterhause. Im Unterhause fragte Middlemore, ob die wichtigsten Werften, Arsenal und Flottenstützpunkte Englands im Aktionsradius der Zepelin-Luftschiffe, die von der deutschen Küste kommen, lägen, und ob die britischen Flotten, Werften und Arsenal mit Verteidigungsmitteln gegen einen Angriff aus der Luft versehen seien. Der Lord der Admiralität, Lambert, beantwortete die erste Frage bejahend, falls die Verhältnisse günstig seien; auf die zweite Frage erwiderte er, daß man dabei sei, Verteidigungsmaßnahmen gegen einen Angriff aus der Luft zu treffen.

Rußland.

Petersburg. Proletarische Demonstration am Gedenktage der Lena-Mehetei. Nach einem amtlichen Bericht haben die Arbeiter einiger kleinerer industrieller Unternehmungen aus Anlaß des Jahrestages der Lena-Ereignisse die Arbeit eingestellt. In den großen Fabriken der Residenz, wie in der Obuchow- und Putilow-Fabrik und anderen, wird gearbeitet; die Baltische Werft arbeitet zum Teil. Auf dem Rewstiprospekt sammelte sich eine Gruppe von Arbeitern an; an dem Versuch, Revolutionen nieder anzuführen, wurde sie aber von der Polizei verhindert. In dem Petersburger Stadtteil veranstalteten Arbeiter der Fabrik Leontieff eine Demonstration; ein Arbeiter, der eine rote Flagge entfaltete, wurde verhaftet, und die Demonstranten von der Polizei zerstreut. An anderen Punkten stellten sich Arbeiter zusammen, doch kam es zu keinen Ausschreitungen oder Zusammenstößen.

Aus Bobobos ist die Nachricht eingegangen, daß der heutige Tag in den Venagoldwäschereien völlig ruhig verlaufe.

Petersburg. Die Drangsalierung der Polen und Finnen. Der Staatsrat hat bei Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Erziehung in Polen einen Artikel angenommen, der den ausschließlichen Gebrauch der russischen Sprache für den Geschäftsverkehr der Erziehungsvorstände vorschreibt.

Petersburg. Der Senat hat die Berufung des Bürgermeisters Jaegerstrom und der Ratsherren Lagerkrantz und Palmrot aus Wiborg, die wegen Widerstandes gegen das Gesetz, das Russen und Finnen in Finnland gleichstellt vom Schwurgericht zu sechs bzw. zwei Monaten Gefängnis verurteilt waren, verworfen.

Weitere Festlegung der finnischen Volkserziehung. Aus finnischen Kreisen wird uns geschrieben: Der finnische Landtag glaubte bislang das Recht zu haben, sich bismeilten danach zu erkundigen, was aus den von ihm angenommenen Gesetzen, auf deren Einführung das Volk oft jahrelang vergeblich warten muß, auf dem Wege nach Petersburg geworden sei. (Die von dem Landtage angenommenen Gesetze müssen ja vom Zar-Großfürsten sanktioniert

werden, sonst erlangen sie keine Gesetzeskraft.) Jetzt ist durch die russische Regierung „anbefohlen“ worden, solche Anfragen zu unterlassen. Der Landtag habe dazu kein Recht! — Mehrere wichtige Gesetze, deren Annahme schon zwei bis drei Jahre zurückliegt, sind spurlos verschwollen. So z. B. das Alkoholverbotgesetz, die neue Gemeindeordnung, das Volksschulgesetz usw. Scharfbar beachtet die russische Regierung, diese Gesetze zu unterschlagen.

Asien.

Peking. Die Chinesen in der Mongolei. Chinesische Militärberichte melden, daß 700 Chinesen, die in einem Tempel außerhalb Urao, in der Nähe der sogenannten chinesisch-mongolischen Grenze, lagerten, von 2000 Mongolen in die Flucht geschlagen worden sind.

Danzig.

Zur Maifeier.

Zur Maifeier der Arbeiterschaft von Danzig diene folgendes: Am 1. Mai, nachmittags, findet ein Festzug mit Musikbegleitung nach Heubude statt. Sammelort auf dem Heumarkt. Abmarsch von dort um 1½ Uhr. Die einzelnen Gewerkschaften marschieren im Verband, und ist Sorge getragen, daß jeder seine Gewerkschaft findet. Auf dem Festplatz wird Vokal- und Instrumentalkonzert stattfinden. Turnerische Aufführungen und Kinderspiele werden veranstaltet werden. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Festabzeichen à 20 Pf. sind in allen Gewerkschaftsbureaus sowie im Zigarrengeschäft von Eugen Sellin, Schlüsselamm 58, und in der Expedition der Volkswoche zu erhalten. Den Festzugsordern, welche an weißen Armbändern erkenntlich sind, sowie den Komiteemitgliedern ist unbedingt Folge zu leisten.
Das Maifeier-Komitee.

Bürgerliche Uneigennützigkeit. Man soll gar nicht glauben, wie teuer die heilige Stadt so manchen gutestimmten Patrioten ist. Der Magistrat merkt es häufig genug, wenn er Grundstücke kaufen muß. So überrascht wird er aber trotzdem nicht selten über die teure Einschätzung der Vaterstadt gewesen sein, wie das durch die Danziger Aktien-Brauerer geschehen ist. Der Magistrat hatte sich verpflichtet, das zur Erweiterung des Bahnhofes Langfuhr notwendige Land unentgeltlich an die Eisenbahnverwaltung abzugeben. Es bestand sich jedoch im Besitz der Aktien-Brauerer. Diese forderte für 5227 Quadratmeter zuerst nicht weniger als 420 000 Mark. Ein Berliner Großbrauereidirektor schätzte den „Wert“ sogar auf 850 000 Mark. Diese Riesenerfordernisse wurden mit der angeblichen Unentbehrlichkeit des Grundstückes für die Ausdehnung der Brauerei begründet. Gleichzeitig bot die Brauerei aber dem Magistrat ein Stück deselben Landes unentgeltlich an, wenn er einen ihr genehmen Weg baue. Schließlich ermäßigte die Brauerei ihre Forderung, um dem Entgeltungsverfahren zu entgehen, auf 157 000 Mark. 30 Mark pro Quadratmeter. Dazu erhielt sie noch 13 000 Mark Zinsen, zusammen also 170 000 Mark. Diesen noch immer übermäßig hohen Betrag bewilligten die Stadtverordneten. Aber selbst diese Leute übten an dem peinlich uneigennütigen Verfahren der Aktiengesellschaft, das parlamentarisch nur schwer zu bezeichnen ist, herbe Kritik.

Die Stadt würde übrigens nicht in solche Situationen kommen, wenn der Magistrat nicht so voreilig solche Geschenke an einen hohen Status spenden würde. Die königlich preussische Eberwahn verdient so viel, daß sie die notwendige Verbesserung des Verkehrs, die ganz und gar keine Gnade ist, aus eigenen Mitteln durchführen kann.

Marinejustiz. Ein Urteil, das selbst die militärfromme bürgertliche Presse als hart bezeichnet, fällt das Oberkriegsgericht des 17. Armeekorps am 8. April gegen den Matrosen Danwald. Die Gerichtsverhandlung verweist die Auffassung, als gehe es bei der Marine weniger schneidig zu als beim Landheer in das Reich der Fabel. Der Matrose, der noch nicht vorbestraft ist, besuchte im Juli des vorigen Jahres das Vergnügen eines besreundenen Athletenvereins. Er errang dabei einen Lorbeerkranz. Später trug er in seiner Freude über den Durs. Erst am folgenden Morgen begab er sich, mit dem Lorbeer geschmückt, zu Fuß nach Neufahrwasser. In der Nähe der Schichau-Werft traf ihn Maal Jerezinski, der ihn zur Rede stellte. Dann soll D. den Borgeflehnten angegriffen haben. Er selbst bekennt das entschieden und wollte dem J. einige Verletzungen nur in der Notwehr zugefügt haben. Zeugen dieses Vorganges sind nicht zu ermitteln gewesen. Trotzdem verurteilte ihn das Marinetribsgericht in Wilhelmshaven zu drei Jahren Gefängnis. Das Marine-Oberkriegsgericht erhöhte die Strafe noch auf 5 Jahre und 1 Tag Gefängnis. Der Verurteilte beruhigte sich nicht und erreichte vom Reichsmilitärgericht die Aufhebung des Urteils. Die neue Verhandlung wurde auch einem andern Bericht überwiesen. Dieses hielt die Angaben des D. für so glaubhaft, daß es eine öffentliche Aufforderung erließ, in der es ein junges Mädchen, das die Vorgänge beobachtet haben sollte, zur Meldung als Zeugin aufforderte. Solche amtlichen Bestatimmungen werden meist ganz übersehen oder wegen ihres Amtes stillen falsch verstanden. Für gewöhnlich interessieren sich junge Mädchen für amtliche Aufzählungen militärischer Gerichte auch kaum. Freunde des Angeklagten wollten daher eine nach ihrer Ueberzeugung zweckmäßige Aufforderung als Inserat in den „Neuesten Nachrichten“ aufgeben. Sie wurden aber abgewiesen. Die Zeugin hat sich nicht gemeldet. Wieder standen sich in der neuen Verhandlung der Matrose und sein Vorgesetzter allein gegenüber. Wieder kam das Gericht zur Verurteilung; es stand eben der militärische Göke Disziplin in Gefahr. Vier Jahre und drei Monate Gefängnis verhängte jetzt das Urteil. Von der Untersuchungsgefahrt wurden nur drei Monate angerechnet.

Solche grausamen Urteile sind dem Volke unverständlich, wenn es sie unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit prüft. Es sieht darin nur die Folgen einer militärischen Klassenjustiz. Sicher besteht ein erschreckendes Mißverhältnis zwischen dem harmlosen Ausgang der Sache und dem Urteil, das einen Menschen vernichtet kann.

Zentrümliche Halluzinationen. Zeitweilig macht sich die Gewissenhaftigkeit der Zentrumsjesuiten, die angeblich stets vor der Abrechnung vor einem höheren Richter zittern, in unaussprechlicher Weise geltend. Wie tief die Pharisäermoral gewisser Ueberchriften sinken kann, davon liefert natürlich das „Westpreussische Volksblatt“ lung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Sieg - Graum am 17. April einen neuen Beweis. Es schreibt in einer Anrede:

„Und es ist ein offenes Geheimnis, daß die Sozialdemokraten in Graudenz vor der Stichwahl ihre „vor der Hauptwahl geschriebenen Wahlankündigungen“ in Höhe von 7000 Mark, erstattet bekommen haben von den Nationalliberalen. Die Polen wollten erst in der Stichwahl gesiegt haben. Die Nationalliberalen aber zählten das Geld den Genossen vorher auf den Tisch.“

Wir haben diese 7000 Mark-Lüge des Rünemundblattes schon einmal als von A bis Z freigelegt und jehunden insamen Schwindel zurückgewiesen. Es bleibt uns jetzt dagegen nur noch der Appell an den Eisbeutel und schließlich einen tüchtiger Psychiater übrig.

Südes Eleck! Wer kennt nicht all die braunen und schwarzen Südes Eleck, die jeder in den Bäden und Schauluften liegen und dem Publikum zum Verkauf angeboten werden. Die Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten freuen sich, wenn das Geschäft stetig geht, denn ein großer Absatz der Ware bringt den Kapitalisten enorme Gewinne und befähigt sie immer mehr, das Proletariat dieses Fabrikationszweiges desto kräftiger auszubeuten und auszuschinden. Wenn in früheren Zeiten die Südes Eleck hauptsächlich für die Rassen und Lederarbeiter bestimmt waren, so ist es heute erheblich anders geworden. In der jetzigen Zeit bilden diese Erzeugnisse einen wesentlichen Bestandteil der Lebensmittel, und daher ist es auch erklärlich, wenn aus dem primitiven Dönerzeugnisse eine gewaltige Industrie, die weit über 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, entstanden ist. Das Unternehmertum in diesem Industriezweige hat noch das Feld frei für geizige Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Durch gewerkschaftliche Organisation kann man nur unzureichend den braunen Fürsten und Kommerzienräten entgegenwirken, um die Verhältnisse zu verbessern. Sie in dieser Fabrikation beschäftigen Arbeiter und Mädchen sind nur schwer für die Organisation zu haben, weil sie durch die schlechte Behandlungsweise und ermüde Entlohnung zu weichen Varias und willenlosen Unternehmern gezwungen worden sind.

Besonders hier im Osten herrschen die Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten ungehört wie die Paschas in ihren Reichen. Es ist fast ungläublich, welche Behandlung und Entlohnung sich die Arbeiter und Mädchen gefallen lassen müssen. Löhne für gelernte Arbeiter von 15 und 17 Mark pro Woche und für Mädchen 4.50 Mark für 7 Tage Arbeitszeit sind keine Seltenheit.

Die Firma Schneider & Co., Langfuhr, Labesweg, geht sogar so weit, daß sie den Mädchen, die drei Stunden am Sonnabend von den 4.50 Mark noch abzieht. Bekanntlich dürfen die weiblichen Personen gesetzlich am Sonnabend nur bis 4 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Diese soziale Einrichtungs bringt den Arbeitern, weil sie schlecht organisiert sind, erhebliche Lohnreduzierung. Damit nicht genug. Die Firma ging sogar soweit, um die Angestellten vollends auszubeuten zu können, daß sie die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert hat. W. einzelne Angestellte aber gegen diese nichtwürdige Handlung protestierten, wurde ihnen von dem Geschäftsinhaber kategorisch erklärt: Die Polizei hat die Arbeitsordnung mit dieser Änderung genehmigt und es hat sich jeder danach zu fügen. Eines Tages schloß der Sohn des Chefs aus Eigenem den Garderobenraum, der gleichzeitig auch den Speiseraum für die Arbeiter erzeht, ab, so daß die Mädchen und Arbeiter über die Mittagszeit draußen bleiben mußten. Die Zustände in den hiesigen Fabriken, so auch bei Löwenstein und dem gottesfürchtigen Herrn Pindemann, spotten in der Bezahlung und Behandlung der Arbeiter und Mädchen jeder Behörde. Dem Publikum als Konsumenten dürfen solche unwürdigen Verhältnisse nicht vorkommen. In diesen Fabrikationszweigen arbeiten auch Töchter organisierter Genossen und es wäre jedenfalls anzuerkennen, wenn die ausgebeutete Jugend von ihren Vätern auf diese Zustände aufmerksam gemacht würde. Remedur und menschenwürdige Zustände kann nur die Organisation mit moralischer Unterstützung der Arbeiterschaft auch hier schaffen. Auch in diesen Dingen muß der Weg zur Höherentwicklung der gedrückten Arbeitergruppe geebnet werden, damit anstelle der jetzigen Zustände würdigere Verhältnisse einzutreten.

Die Reichsfeldgesellschaft hat im Jahre 1912, wie alle Danziger Aktiengesellschaften, noch bessere Geschäfte wie früher gemacht. Sie will ihren Aktionären sieben Prozent Dividende als Entbehrungslohn zahlen. Im vorigen Jahre waren es nur sechs Prozent. Wie man sieht, finden erste Arbeit und geistige Anstrengung noch immer ihre wohlverdiente Belohnung, wenn sie auch neben einem soliden Gehalt im ausschweifendsten Nichtstun bestehen. Die Arbeiter und Angestellten der Monopol-Gesellschaft sind nicht so glücklich. Sie genießen dafür jedoch die hohe Vergünstigung, für die Erzeugung dieser Dividende täglich wohl gegahlte 17 Stunden oft im Schweiß ihres Angesichts arbeiten zu müssen.

Die edlen Pferde und ihre Eigentümer können in Danzig nicht klagen. Mit dem Wohlwollen, dessen sich die existenzlos gemachten Laternenanzünder seitens des Magistrats erfreuen, kann man diesem vornehmen Viehzüchter schon gar nicht imponieren. Am 7. Januar beschloß die Stadtverordnetenversammlung den wunderbaren Grundstücksverkauf an die 175 Genossenschaftler, die sich Verkaufsbereitsung für edle Reit- und Wagenpferde nennen. Sie erhielten 2550 Quadratmeter am Neuschottländerweg für 25 500 Mark, die sie nicht bezahlen brauchten. Der Kaufpreis wurde als zweite Hypothek erst hinter 100 000 Mark auf das „gekaupte“ Grundstück eingetragen! Weitere 9550 Quadratmeter wurden für 20 Pfennig pro qm. jährlich verpachtet. Doch hat die Genossenschaft das Recht, dieses Land für 5 Mark pro Quadratmeter ebenfalls zu kaufen. Der Verkauf erfolgte dazu straßenkostenfrei. Was dieses Geschenk an die glücklichen Besitzer edler Pferde bedeutet, erfuhr man in der Stadtverordnetenversammlung am 8. April. Der Magistrat forderte nicht weniger als 265 000 Mark zur Aufschließung des Geländes. Der stellvertretende Vorsitzende Münsterberg erläuterte die horrenden Forderung ausdrücklich damit, daß der Wegebau notwendig sei, weil die Grundstücke an die Laternenanzünder verkauft wurden. Damit wurde nur ein Teil des Verkages erfüllt! Es meldete sich sonst niemand zum Wort! Ein stimmung wurde die Sozialpolitik für edle Pferde durch die Bewilligung der mehr als eine Viertelmillion gefördert! Der Oberbürgermeister brauchte sogar nicht noch besonders zu versichern, daß er allen Bürgern das Leben angenehm machen wolle. Zu unserem nicht geringen Erstaunen brachte aber die bürgerliche Presse von der famosen Begründung Münsterbergs nicht ein Wort! Sie war ihr wohl zu offenerzig.

Eine echte Zentrumslüge. Das ehrenfeste „Westpreußische Volksblatt“ kann natürlich auch die Landtags-Wahlagitator nur genau so wahrhaftig führen, wie ihm das überhaupt möglich ist. Vielleicht sogar noch ein wenig unverfroren. Denn wenn die Jektelen der zentrümlichen Druckerwürze etwas von Wahlen hören, dann erinnern sie sich vielleicht daran, daß sie die Zentrumsarbeiter des Landkreises bei der Reichstagswahl unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an den agrarischen Zuchtbauspaltler Dörfen verraten haben. Es ist also durchaus kein Wunder, daß sie auch bei anderen Parteien nur unehrliche Wahlmanöver „armuten“. Aus diesem Gesichtspunkt versteht man den Ausfall gegen die Wahrheit, den das fromme Blatt am 17. April beging. Es behauptete in der Pol. mit gegen die Liberalen, daß mit Rücksicht auf das Stichwahlabkommen zwischen Sozialdemokratie und Fortschrittlichen zur Reichstagswahl in Danzig = Stadt der Wahlkampf der Sozialdemokratie gedämpft wurde, worauf Weinhausen durchs Ziel ging.

Diese Dämpfung ist genau so ein Zentrumswort, wie wenn Rütemund behauptet haben würde, er habe uns niemals 100 Mark für den Nachweis der Heiligpreisung Karl des Großen zugesichert. Eine in Danzig kämpfte der Prellmann, um die schwarzblaue Hülse zu erretten, zwischen Haupt- und Stichwahl in der unliberalen Weise gegen die Sozialdemokratie. Von der sprichwörtlichen Bornheimität Münsterbergs war in den Anschuldigungen auf Hochverrat usw. nicht eine Spur zu entdecken. Und die Sozialdemokratie hat der freisinnigen Fortwärtomagoge gewiß nichts geschenkt. Aber Niemand hätte doch zur Stichwahl unsere Dämpfungseinstellung ernstlich auf die Probe stellen können. Stimmenthaltung beschlossen ja die Schwarzen. Hätten sie nicht in aller Stille ihre Leute ehrlich zur Abstimmung für Maradaub kommandieren und ihre konstanten Bundesräder zur strikten Stimmenthaltung veranlassen können? Wer sozialdemokratische Sieg wäre dann gewiß nicht an unserer Dämpfungseinstellung gescheitert. Vielleicht begeistert diese nette Aussicht nebenbei auch noch die prophetischen Philosophen der „Danziger Zeitung“ zu einem Entrüstungsartikel über das „festgestellte“ Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie.

Um die Arbeiter-Radfahrer und -Radfahrerinnen! Das Fahrrad hat sich immer mehr zu einem notwendigen Verkehrsmittel für den kleinen Mann, für die Arbeiter entwickelt. Die Zahl der Radfahrer beträgt Millionen, die sich fast allerorts bereits zu Vereinen zusammenschlossen oder früher oder später dies noch tun werden. Aus den bestehenden Vereinen haben sich größere Verbände gebildet, die berufen sind, die Mitglieder gegen die Fährlichkeiten zu schützen und die gemeinsamen Interessen der Radfahrer zu pflegen. Von den bestehenden Verbänden sind die älteren bürgerliche Schöpfungen, deren Angehörige dem Empfinden und dem Streben der Arbeiterklasse unverständlich oder feindselig gegenüberstehen und bei denen deshalb auch die Arbeiter-Radfahrer keine Förderung ihrer Interessen erwarten dürfen.

Die Vertretung der besonderen Interessen der Arbeiter-Radfahrer haben nun diesen selbst ins Leben gerufene Verbände übernommen, deren wohl mehrere bestehen, von denen aber als Vertreter der Arbeiter-Radfahrer-Interessen nur der

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“
in Betracht kommen kann, nicht nur weil er der älteste, sondern auch weil seine Einrichtungen die besten und die Zahl seiner Mitglieder die meisten anderer kleinerer Verbände, deren Existenz für die Arbeiterbewegung bedauerlich und schädlich zugleich ist, tausendfach überträgt.

Der Arbeiter-Radfahrerbund zählt 130 000 Mitglieder und hat seine Anhänger nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus in Oesterreich, Schweiz, Frankreich und Dänemark. Der Zweck des schon über 15 Jahre bestehenden Bundes ist laut Statut:

Die Hebung und Förderung des Radfahrens in Arbeiterkreisen.

- Dieser Zweck soll erreicht werden durch:
1. Pflege der Solidarität, der Aufrichtigkeit und Bildung, sowie des geselligen Verkehrs der Mitglieder in den Vereinen;
 2. Gewährung einer Unterstützung bei Unfällen und Todesfällen;
 3. Gewährung von Rechtschutz;
 4. Kostenlose Lieferung von Vegetarien bei Neugründung eines Vereins und Abgabe derselben an Mitglieder und Vereine zum Selbstkostenpreis.
 5. Zollfreie Grenzüberziehung nach dem Auslande.

Ein Beweis für die Leistungsfähigkeit des Bundes ist die Tatsache, daß am Ende des Geschäftsjahres 1910 ein Vermögen von 120 000 Mark vorhanden ist, trotzdem im Laufe des Jahres an die Mitglieder resp. deren Angehörige gewährt wurden an Unfallunterstützung für 2916 Fälle mit 53 044 Krankheitstagen 76 718 Mark, für Sterbenunterstützung 16 670 Mark und für 16 Unfälle mit tödlichem Ausgang 800 Mark; ferner wurden für Rechtschutz, der Mitglieder gegen Strafverfügungen und gerichtliche Urteile gewährt wurde, 8575 Mark verausgabt. Es sind also im ganzen zugunsten der Mitglieder bedeutende Summen aufgewendet worden.

Jeder Beiträtende hat dafür nur mäßige Gegenleistungen zu erfüllen, denn der Bundesbeitrag beträgt neben einem einmaligen Eintrittsgeld von 75 Pfennig nur 25 Pfennig pro Monat, wozu der nur mäßige Vereinsbeitrag noch hinzukommt. Jedes Bundesmitglied muß auch Mitglied seines am Orte bestehenden Vereins sein. Aus Orten, an denen keine Vereine bestehen, werden auch Einzelmittglieder aufgenommen, die monatlich 35 Pfennig Bundesbeitrag im voraus zu entrichten haben. An jedem Orte darf nur ein Bundesverein bestehen, damit eine Zerstückelung der Kräfte und eine Schädigung anderer Arbeiterorganisationen vermieden wird.

Nach vorstehendem ist es wohl jedem Arbeiter-Radfahrer klar, daß er im Falle eines Beitritts zu einer Radfahrer-Organisation nur einem Verein beitreten kann, der dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ angehört oder nur letzterem sich als Einzelperson anschließt, dem Worte des Dichters gedenkend: „Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, so schliesse als dienendes Glied an ein Ganzes dich an.“

Es liegt im ureigensten Interesse aller Arbeiter-Radfahrer, einzutreten in die Reihen ihrer Klassengenossen, um das gesteckte Ziel erreichen zu heißen: Die Vereinigung aller Radfahrer und Radfahrerinnen der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands im Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“.

Begrenzt aufnahmewolle man sich wenden an den Gauleiter für Westpreußen A. Schukh - Thorn, Strobandstraße 11 und für Danzig an Fr. Hoffmann, Langfuhr, Michauerweg 29.

Ganz besonders weisen wir hier noch darauf hin, daß der Bund ein eigenes Fahrradgeschäft besitzt, dessen riesiges Lager an Fahrrädern, Gummi, Laternen, Carbide, Radfahrer-Bekleidung usw. in einem eigenen Gebäude in Dissenbach a. M. sich befindet.

Prinzip des Geschäfts ist: Lieferung nur guter, erstklassiger Artikel zu mäßigen Preisen; Ausschluß jeder Schundware.

Durch große Abschlüsse ist das Geschäft in der Lage, vorteilhafter einzukaufen wie jeder andere Händler. Der Umsatz an Waren betrug im Jahre 1911: 1 000 000 Mark.

Der erzielte Gewinn fließt nicht in die Taschen von Privatunternehmern, es werden auch nicht — wie leider in den Konsumvereinen — Dividenden verteilt. Der Gewinn fließt den Unterstützungseinrichtungen des Bundes zu.

Für die Angestellten des Geschäfts sind die Bedingungen erfüllt, die die Arbeiterschaft als ihr Ziel erstrebt: Achtstündige Arbeitszeit und Entlohnung nach den Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen.

Jeder Radfahrer, jeder Arbeiter muß es als seine Pflicht erachten, seinen Bedarf nur im Fahrradhaus „Frish auf“ oder seinen Filialen zu decken.

Aus: die ... in der ... zu empfangen ... vermögen, können sich selbst Vorteile verschaffen und der Arbeiterschaft aus den Arbeiter-Radfahrerorganisationen ihre Unterstützung weihen, wenn sie ihre Einkäufe in den Bundesgeschäften vornehmen. Filialen des Fahrradgeschäftes „Frish auf“ befinden sich in Berlin, Brunnenstraße 35 und Kottbuserstraße 9, Leipzig, Nürnbergerstraße 21, Dresden, Könenstraße 17, Hamburg, Schanzestraße 64, Karlsruhe, Adlerstraße 8, Offenbach a. M., Große Marktstraße 23. Verkaufsstellen an über 200 Orten Deutschlands. Das Hauptgeschäft befindet sich in Dissenbach a. M. Vertreter für Danzig: Fr. Hoffmann, Langfuhr, Michauerweg 29.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung: Arbeitsbrüder! Streik in Grefeld. Achtung!
Grefeld, 19. April 1913. Seit acht Wochen stehen in Grefeld 2300 Färbereiarbeiter im Streik, um sich eine bessere Existenz zu erkämpfen. Die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse reichen nicht aus, um die Differenzen friedlich beizulegen. Die Christenführer haben den Streikbruch proklamiert und treiben ihre Leute in die Betriebe. Doch ein großer Teil derselben hat diesen „Arbeitervertretern die Gefolgshaft versagt und kämpft mit den freiorganisierten Arbeitern weiter. Die Polizei ist rege in Tätigkeit, um die nützlichen Elemente zu beschützen. Etwa 300 „Hingebrieder“ sind als Streikbrecher herangezogen worden.

Da diese jedoch nicht ausreichen, haben die Arbeitgeber Agenten in alle Teile Deutschlands geschickt, um Arbeitswillige zu werben. Dies ist ihnen auch schon in mehreren Fällen gelungen. Ja sogar organisierte Arbeiter (vor allem Fabrikarbeiter) sind darauf hereingefallen und sind durch diese Agenten nach hier geschleppt worden.

Wir machen daher an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam und ersuchen alle Arbeiter, sich unter keinen Umständen von irgend einem Agenten anwerben zu lassen, und nach Grefeld zu kommen. Arbeiter übt mit euren kämpfenden Arbeitsbrüdern Solidarität. Der Streik ist noch nicht beendet.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Die ausländische Presse wird um Nachdruck gebeten.

Von den örtlichen Tarifverhandlungen im Zimmerergewerbe liegen bis jetzt die Ergebnisse vor aus 8191 Orten mit 47 080 Zimmerern, von denen 38 024 Verbandsmitglieder sind. Da an der diesjährigen Tarifbewegung 12 943 Orte mit 75 117 Zimmerern (darunter 57 144 Verbandsmitglieder) beteiligt sind, fehlen mithin noch die Ergebnisse für 4752 Orte mit 28 037 Zimmerern, von denen 19 123 dem Zentralverbande angehören.

Die Angebote der Unternehmer bewegen sich im wesentlichen in dem gleichen Rahmen, wie die bereits in der vorigen Woche mitgeteilten. Die Vermutung, daß den örtlichen Organisationen der Unternehmer durch Beschlüsse ihrer Bezirksverbände die Grenzen der Angebote genau vorgeschrieben sind, hat sich im weiteren Verlaufe der Verhandlungen bestätigt. Nur wenige Gebiete sind davon ausgenommen. Auf den entschiedensten Widerstand stößt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit. Nur vereinzelt sind Zugeständnisse gemacht worden. So ist für Rogasen die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt, dort wurde bisher noch elf Stunden gearbeitet. Für Christburg, Lauenburg i. Pom., Riesenburg und Sagard auf Rügen soll die zehneinhalbstündige Arbeitszeit durch die zehnstündige abgelöst werden. Für Amberg und Ingolstadt verkürzt sich die Arbeitszeit von zehn auf neun und für Bargeheide, Emden und Blauen i. W. von zehn auf neun und für Bargeheide soll die neun und einhalbstündige Arbeitszeit am 1. April 1914 eintreten, in Blauen am 1. April 1915 und in Emden am 1. Oktober 1915.

Für eine große Anzahl Orte hassen die Unternehmer mit jeglichem Angebot zurück. So ist für nachfolgende Orte nicht das geringste Zugeständnis gemacht worden: Anklam, Custrup, Celle, Grefeld, Greuzburg, Dortmund, Essen, Eutin, Flottbek, Frankenthal, Freising, Friedrücksort, Geesthacht, Halberstadt, Hameln, Heideberg, Kaiserlautern, Landsbut, Lübbenau, Ludwigshafen, Mannheim, Marne, Melbors, Mesfeld, Mürs, Mündenberg, München-Gladbach, Neuhaldensleben, Oberhausen, Oldenburg, Porzheim, Reinsbeck, Saletz, Schwartau, Schwarzenbel, Senftenberg, Spremberg, Springe-Edlaggen, Stendal, Wedel und Wilhelmshaven. Die Lohnangebote sind sehr verschieden und bewegen sich zwischen 1 bis 8 Pfennige pro Stunde.

Neu-Seeland. Die Buchdrucker in Neu-Seeland waren die ersten, die dort den Landestarif durchsetzen konnten, d. h. durch Erkenntnis des staatlichen Lohn- und Schiedsgerichts, nachdem schon lange vorher auf ökonomischer Basis Bezirkstarife bestanden hatten. Aber auch diese waren ziemlich einseitig. Sie alle sahen die 48-Stundenwoche für Handsetzer und die 42-Stundenwoche für Maschinensetzer vor. Handsetzer hatten Anspruch auf 7 bezw. 8 Tage Urlaub, jedoch ohne Anspruch auf Lohn, während die Maschinensetzer 4 Tage Urlaub im Jahre mit vollem Lohn erhielten. Der Lohn schwankte in den ländlichen Bezirken zwischen 45 und 53 Mark pro Woche für Handsetzer. In den Städten erhielten sie durchweg rund 65 Mark. Maschinensetzer erhielten an der Vintotyp oder Monotype 75 Mark bei Tagessicht, 79 Mark bei Nachtsicht, doch wurde eine Arbeitsleistung von etwa 7500 ems (nicht ems) pro Stunde an der Vintotyp, 6000 an der Monotyp verlangt.

Der neue Landestarif hat zwei Lohnklassen geschaffen: für Orte mit mehr wie 2500 Einwohnern und solche mit 2500 oder weniger Einwohnern. Als normales Arbeitsquantum für Maschinensetzer sollen 7000 ems (statt 7500) angesehen werden. In den vier größeren Städten wurde die Arbeitszeit auch für Korrektoren und Inzeratensetzer auf 42 Stunden pro Woche reduziert, wie bei allen Maschinensetzern. Handsetzer erhalten jetzt 50 Prozent Aufschlag für Überstunden (früher 33 Prozent). Ihr Wochenlohn wurde in ländlichen Distrikten um je 10—20 Mark erhöht; in den Städten ist die erzielte Erhöhung etwas geringer, der Minimallohn ist jetzt 65 Mark in Orten über 2500 Einwohner und 56 Mark in allen anderen Orten. Eine Enttätigung brachte jedoch die Entscheidung des Schiedsamtens in bezug auf die Bezahlungsfrage. Früher war ein Bezahlung gestattet für jedes Geschäft, ein weiterer Bezahlung bei vier ständig beschäftigten Gehilfen und ein weiterer für jede weiteren drei Gehilfen oder einen Teil davon. Jetzt soll schon bei drei Gehilfen ein zweiter Bezahlung eingestuft werden dürfen, weil die Untersuchung ergeben habe, daß es an Handsetzern mangele.

Die Hauptmarke „Unsere Marine“ Die beste PFG. 2 Cigarette
GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

Schwarz und
Weiß in Cheviot,
Kammgarn,
Diagonal und
Wollen.

Einsegnungs-Anzüge

bei
Rudolf Brzezinski, Danzig, Holzmarkt 24
Neubau, Ecke Breitg.

kaufen Sie am
vorteilhaftesten

Preislagen:
1050 bis 480
usq. Reiz
25 bis 58
Mk.

Kredit Möbeln

gewähre ich jedermann bei Entnahme von

und Polsterwaren.

Größte Auswahl

Komplette Musterzimmer.

Abzahlung pro Woche

1 Mark

Freie Lieferung

Das vornehme Kredithaus in Danzig
Nic. Pindo Nachf.

M. Grau

Danzig, 4 Holzmarkt 4

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog.
Zusendung gratis und franko.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 22. April, abends 7^{1/2} Uhr.
Passpartout B. 1.

Kater Lampe.

Komödie in 4 Akten von Emil Rosenow.

Mittwoch, den 23. April, abends 7^{1/2} Uhr. Außer Abonnement.
Passpartout C. 1. **Filmzauber.**

Donnerstag, den 24. April, abends 7^{1/2} Uhr. Außer Abonnement.
Passpartout D. 1. Abschieds-Benefiz für Fel. Hammerstein.
Das Stückchen des Eremiten.

Freitag, den 25. April, abends 7^{1/2} Uhr. Außer Abonnement.
Passpartout E. 1. **Tannhäuser** von Richard Wagner.

Arbeiter-Bildungsausschuß Danzig.

Volksvorstellung.

Sonntag, den 4. Mai, nachmittags 3 Uhr, im
Stadt-Theater

Zur Aufführung gelangt

Kater Lampe

von Emil Rosenow.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß hat das Theater für diese
Vorstellung gemietet. Den Danziger Arbeitern und ihren
Familien soll damit Gelegenheit gegeben werden, für wenig
Geld ein wirklich gutes Theaterstück zu genießen.

Der Einheitspreis der Billets beträgt im Vorverkauf 50 Pf.,
an der Kasse 60 Pf. Garderobe frei. Eine literarische Ein-
führung in das Stück wird unentgeltlich verabsolgt.

Die Ausgabe der Billets erfolgt im Vorverkauf von
Mittwoch, den 23. April in der Buchhandlung der Volkswacht,
Paradiesgasse 32, im Zigarrengeschäft von Eugen Sellin,
Schüsselbamm 56 und den Gewerkschaftsbureaus, Dominiks-
wall 8.

J. U.: Julius Behl.

Verband der Tapezierer Deutschlands, Filiale Danzig.

Mittwoch, den 23. April 1913, abends 8 Uhr findet im Lokale
Tischlergasse 49 eine

außerordentl. Mitgliederversammlung

taut. Tagesordnung: 1. Unsere Lohnbewegungen im Bezirk. Ref.:
Kollege Brohmwig. 2. Maljeier. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes.
Eec. wichtiger Tagesordnung wegen ist das Erscheinen eines
jeden Kollegen notwendig.

Mit koll. Gruß
Der Vorstand, J. U.: M. Pletner.

Karl Skautsky: Der Weg zur Macht.

Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Ausgehämmte Haare und
alte Zöpfe kauft und zahlt die
höchsten Preise, auch Puppen-
perücken und Haararbeiten wer-
den gut und billig angefertigt.
P. Zillich, Friseur,
Englischer Damm 28.
Friseur Max Schietau,
Höhengasse 31.

Burggrafenstraße 12, 2 links
laubere Schlafstelle für jungen
Mann.
Nicht zu übersehen!
Jede Schuhmacherarbeit wird sauber
schnell und billig ausgeführt.
Herrensohlen 2,00 Mk., Damen-
sohlen 1,40 Mk. beste Haltbarkeit.
Fritz Kobaczeh, Jungferngasse 30.

Anzüge auf Kredit

von 20 bis 80 Mk.

Jeder Anzug
mit 5 Mark Anzahlung.

Abzahlung pro Woche
1 Mark

Das vornehme Kredithaus in Danzig
Nic. Pindo Nachf.

M. Grau

Danzig, 4 Holzmarkt 4

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog.
Zusendung gratis und franko.

Junge Leute finden Schlafstelle
Dienergasse 16. Schulz.
Möbliertes Zimmer zu vermieten
Paradiesgasse 5.
Möbliertes Zimmer zu vermieten
Paradiesgasse 3.
Speisewirtschaft.
Mittag 50 Pf., Abendbröt 16 Pf.,
in und außer d. Hause. Auch gutes
Logis zu hab. **Fischmarkt 4.**

Wohnung
von 4 bis 5 Zimmer zu miete
ge sucht. Off. unter K. 100 an die
Expedition der Volkswacht.
Speiseeiswagen
mit Maschine bill. z. verkaufen
Offerten unter D. 100 an die
Expedition der Volkswacht.

Abzahlungsgeschäfte
S. Maltenfort
FELDMAG. Alter Markt
Möbel und Konfektion
F. Fingerhut, Danzig
Milchkannengasse 16
Alkoholfreie Getränke.
Chr. Schatz Ohra
Teleph. 450.
Sinalco
Bäckereien.
Aur. Kuhnke, Schidlitz, Karthäuserstr. 107.
Beordigungsanstalten.
H. Herder
Eihlg. Wilhelmstr. 34.
Berufskleidung
Julius Goldstein Junkergasse 2
Lauwendelgasse 4.
Bettfedern und Betten
Hygien. Bettfedern-Reinigung und
Desinfektionsanstalt
Häkergasse 62
fert. Betten, Bettfedern, Erschütterungs-
Bierbrauereien
**Danziger Aktien-
Bierbrauerei**
Jahresumsatz ca. 100.000 Mk.
Alte Schlossbrauerei
R. G. m. b. H.
Schloßbräu u. Rüttersbräu
Münchener Pilsener-Bräu.
Bierhandlung
Bieraussehank E. Bubitz
Grauholz, Ostbahnstr. 14-15.
Carl Preuss, Graudenz
Lützowstr. 10, Ostbahnstr. 17.

Erscheint wöchentlich
:: einmal ::
Hotel zum jungen Löwen
Graudenz, Unterthorstr. 11
Bismarckhandlungen
H. Galk, Graudenz, Unterthorstr. 106
Brotfabriken
Danziger Broitfabrik
G. m. b. H., Kolbowgasse 11.
Hilene Schüller kennst die Niederlage.
Bier- u. Bis u. Pilsel
Julius Goldstein Junkergasse 2
Lauwendelgasse 4
Butter, Eier, Käse
Horst Lettau Händ-
gasse 36
ca. 60 Käsesorten stets am Lager.
Cigarrenhandlungen
J. NOETZEL
Paradiesgasse 32
vordr. Zigarren-Spezialmarken.
M. Krause
Rambau 13
empfehl. seine Spezialmarken
Corsetts und Schürzen
Julius Goldstein Junkergasse 2
Lauwendelgasse 4.
Damenputz u. Modewaren
Julius Goldstein Junkergasse 2
Lauwendelgasse 4.
M. Laube, Ohra
Kurz-, Weiß-, Wollwaren.
Destillation, Liköre
A. ALFERMANN
Danziger Aktien-Bierbrauerei
Zur goldenen Krone
DANZIG, Fischmarkt 40-41.
F. Berger Spendhaus, Hönigsgasse 10-11
Kolossalwaren
Oscar Schützmann Fischer-
gasse 67
K. Liköre, Rum und Cognac.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Drucken und Farben
HYVON, S. 1111, 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1129, 1130, 1131, 1132, 1133, 1134, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139, 1140, 1141, 1142, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1150, 1151, 1152, 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1174, 1175, 1176, 1177, 1178, 1179, 1180, 1181, 1182, 1183, 1184, 1185, 1186, 1187, 1188, 1189, 1190, 1191, 1192, 1193, 1194, 1195, 1196, 1197, 1198, 1199, 1200, 1201, 1202, 1203, 1204, 1205, 1206, 1207, 1208, 1209, 1210, 1211, 1212, 1213, 1214, 1215, 1216, 1217, 1218, 1219, 1220, 1221, 1222, 1223, 1224, 1225, 1226, 1227, 1228, 1229, 1230, 1231, 1232, 1233, 1234, 1235, 1236, 1237, 1238, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260, 1261, 1262, 1263, 1264, 1265, 1266, 1267, 1268, 1269, 1270, 1271, 1272, 1273, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1279, 1280, 1281, 1282, 1283, 1284, 1285, 1286, 1287, 1288, 1289, 1290, 1291, 1292, 1293, 1294, 1295, 1296, 1297, 1298, 1299, 1300, 1301, 1302, 1303, 1304, 1305, 1306, 1307, 1308, 1309, 1310, 1311, 1312, 1313, 1314, 1315, 1316, 1317, 1318, 1319, 1320, 1321, 1322, 1323, 1324, 1325, 1326, 1327, 1328, 1329, 1330, 1331, 1332, 1333, 1334, 1335, 1336, 1337, 1338, 1339, 1340, 1341, 1342, 1343, 1344, 1345, 1346, 1347, 1348, 1349, 1350, 1351, 1352, 1353, 1354, 1355, 1356, 1357, 1358, 1359, 1360, 1361, 1362, 1363, 1364, 1365, 1366, 1367, 1368, 1369, 1370, 1371, 1372, 1373, 1374, 1375, 1376, 1377, 1378, 1379, 1380, 1381, 1382, 1383, 1384, 1385, 1386, 1387, 1388, 1389, 1390, 1391, 1392, 1393, 1394, 1395, 1396, 1397, 1398, 1399, 1400, 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1407, 1408, 1409, 1410, 1411, 1412, 1413, 1414, 1415, 1416, 1417, 1418, 1419, 1420, 1421, 1422, 1423, 1424, 1425, 1426, 1427, 1428, 1429, 1430, 1431, 1432, 1433, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1440, 1441, 1442, 1443, 1444, 1445, 1446, 1447, 1448, 1449, 1450, 1451, 1452, 1453, 1454, 1455, 1456, 1457, 1458, 1459, 1460, 1461, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1467, 1468, 1469, 1470, 1471, 1472, 1473, 1474, 1475, 1476, 1477, 1478, 1479, 1480, 1481, 1482, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1491, 1492, 1493, 1494, 1495, 1496, 1497, 1498, 1499, 1500, 1501, 1502, 1503, 1504, 1505, 1506, 1507, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1517, 1518, 1519, 1520, 1521, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1528, 1529, 1530, 1531, 1532, 1533, 1534, 1535, 1536, 1537, 1538, 1539, 1540, 1541, 1542, 1543, 1544, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1550, 1551, 1552, 1553, 1554, 1555, 1556, 1557, 1558, 1559, 1560, 1561, 1562, 1563, 1564, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1570, 1571, 1572, 1573, 1574, 1575, 1576, 1577, 1578, 1579, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1586, 1587, 1588, 1589, 1590, 1591, 1592, 1593, 1594, 1595, 1596, 1597, 1598, 1599, 1600, 1601, 1602, 1603, 1604, 1605, 1606, 1607, 1608, 1609, 1610, 1611, 1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617, 1618, 1619, 1620, 1621, 1622, 1623, 1624, 1625, 1626, 1627, 1628, 1629, 1630, 1631, 1632, 1633, 1634, 1635, 1636, 1637, 1638, 1639, 1640, 1641, 1642, 1643, 1644, 1645, 1646, 1647, 1648, 1649, 1650, 1651, 1652, 1653, 1654, 1655, 1656, 1657, 1658, 1659, 1660, 1661, 1662, 1663, 1664, 1665, 1666, 1667, 1668, 1669, 1670, 1671, 1672, 1673, 1674, 1675, 1676, 1677, 1678, 1679, 1680, 1681, 1682, 1683, 1684, 1685, 1686, 1687, 1688, 1689, 1690, 1691, 1692, 1693, 1694, 1695, 1696, 1697, 1698, 1699, 1700, 1701, 1702, 1703, 1704, 1705, 1706, 1707, 1708, 1709, 1710, 1711, 1712, 1713, 1714, 1715, 1716, 1717, 1718, 1719, 1720, 1721, 1722, 1723, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1729, 1730, 1731, 1732, 1733, 1734, 1735, 1736, 1737, 1738, 1739, 1740, 1741, 1742, 1743, 1744, 1745, 1746, 1747, 1748, 1749, 1750, 1751, 1752, 1753, 1754, 1755, 1756, 1757, 1758, 1759, 1760, 1761, 1762, 1763, 1764, 1765, 1766, 1767, 1768, 1769, 1770, 1771, 1772, 1773, 1774, 1775, 1776, 1777, 1778, 1779, 1780, 1781, 1782, 1783, 1784, 1785, 1786, 1787, 1788, 1789, 1790, 1791, 1792, 1793, 1794, 1795, 1796, 1797, 1798, 1799, 1800, 1801, 1802, 1803, 1804, 1805, 1806, 1807, 1808, 1809, 1810, 1811, 1812, 1813, 1814, 1815, 1816, 1817, 1818, 1819, 1820, 1821, 1822, 1823, 1824, 1825, 1826, 1827, 1828, 1829, 1830, 1831, 1832, 1833, 1834, 1835, 1836, 1837, 1838, 1839, 1840, 1841, 1842, 1843, 1844, 1845, 1846, 1847, 1848, 1849, 1850, 1851, 1852, 1853, 1854, 1855, 1856, 1857, 1858, 1859, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1865, 1866, 1867, 1868, 1869, 1870, 1871, 1872, 1873, 1874, 1875, 1876, 1877, 1878, 1879, 1880, 1881, 1882, 1883, 1884, 1885, 1886, 1887, 1888, 1889, 1890, 1891, 1892, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 246

Beilage zur Volkswacht

Nr. 33.

Danzig, den 23. April 1913.

4. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Land.

Der Unterzeichnete beruft auf Sonntag, den 27. April 1913, vormittags 9 1/2 Uhr, nach Danzig, „Maurerherberge“, Schlüsselbaum 28, die

5. Wahlkreis-Konferenz

- ein. Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
 2. Organisation und Presse. Referent Gen. Brill.
 3. Bildungsarbeit und Jugendbewegung. Referent Gen. Gehl.
 4. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
 5. Anträge.
 6. Der deutsche Parteitag. Referent Gen. Cornelsen.
 7. Die Landtagswahlen. Referent Gen. Lorenz.

Die Vertretung auf der Konferenz richtet sich nach folgenden statistischen Bestimmungen:
1. Es können gewählt werden: in Ortsvereinen bis 50 Mitglieder ein Delegierter, bis 100 zwei, bis 200 drei, bis 300 vier, bis 500 fünf, darüber hinaus sechs Delegierte. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
2. Die Mitglieder des Wahlkreisvorstandes. Anträge sind bis spätestens den 21. April an den Wahlkreisvorstand einzureichen.

Der Wahlkreisvorstand.
J. A.: Arthur Brill.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 17. April.

Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichskanzlers. Die Resolution Albrecht (Soz.), die einen Besetzungswurf zur Einführung der Verhältnismäßigkeit und eine entsprechend gleichmäßige Abgrenzung der Wahlkreise fordert, wird mit 140 gegen 130 Stimmen abgelehnt. Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abgg. v. Kröcher (Konf.) und Bieringer (Wirtsch. Vg.) werden nach lebhafter Debatte für ungültig erklärt. Es kommt zur Beratung der Militärretat. Abg. Schöpflin (Soz.) kritisierte die Mängel im Offizierswesen und nagelte die Ausfälle, die sich Offiziere bei Kontrollversammlungen gegen die Arbeiter und Arbeiterorganisation leisten, gehörig an. Auch ging er scharf mit den Militärbehörden ins Gericht, die Soldaten als Streikbrecher benehmen. Den Hauptteil seiner Rede bildete die Darstellung der Soldatenmishandlungen, wobei er eine Fülle von Einzelheiten zum Vortrag brachte. Die Abgg. Ullrich (Vp.) und Pospielsch (Vp.) wußten diese Schilderung unglaublicher Menschensäuere bei dem Militär durch weitere Fälle noch zu ergänzen. Die Entgegnung des Kriegsministers war sehr zahm. Er konnte die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher nicht leugnen. Die Mishandlungen auszurufen, erklärte er sich, trotz der so gerühmten Disziplin im Heere, für zu schwach. Er verurteilte diese Mishandlungen zwar, jedoch beschwor er den Reichstag, solche Dinge nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit zu behandeln, da das Ansehen der Armer dadurch geschädigt würde. Nachdem geisterte der Abg. Visentiat Mumm (Antif.) gegen die Sozialdemokraten in bekannter antimilitärischer Manier, ohne jedoch die Aufmerksamkeit des Hauses auf seiner Seite zu haben. Ein Vertagungsantrag wurde angenommen. Da der

Abg. Graf Westarp (Konf.) nach dem Schluß der Debatte beantragt hatte, wußte der Präsident Kampf sich nicht zu helfen. Der Abg. Ebel kam ihm zu Hilfe und machte den Präsidenten auf das Unmöglichkeit, noch über den Schluffantrag abstimmen zu lassen, aufmerksam. Nächste Sitzung Freitag.

Sitzung vom 18. April.

Fortsetzung der Beratung des Militärretats. Der Abg. Stücklen (Soz.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu der Forderung der freien Urlaubsfahrten für Soldaten. Man müsse den Soldaten auch einen Rechtsanspruch auf einen jährlichen Urlaub geben. Er kritisierte ferner das Abjudentum der Fürsten und die lächerliche Politiereieraktiviererei sowie inaktiver Offiziere. Er betonte, daß seine Partei das Heer und dessen Einrichtungen bekämpfen würde, so lange als das Militär von den Herrschenden in erster Linie als eine Waffe zur Bekämpfung der aufstrebenden Arbeiterschaft und der Niederhaltung jedes kulturellen Fortschritts diene. Der Kriegsminister v. Heeringer war bei diesen Ausführungen etwas nervös geworden und bestritt jede Berechtigung der geübten Kritik. Es sei alles vorzüglich im Heere bestellt, die Soldaten müßten zu guten patriotischen Menschen erzogen werden. Zentrum und Nationalliberale, die sich am Tage vorher in Schweigen gehüllt hatten, ließen nun auch einige Redner los, die aber keine Aufmerksamkeit im Hause fanden. Große Aufmerksamkeit fand dagegen der Abg. Liebknecht (Soz.) mit seiner Charakterisierung des Prozentpatriotismus. Er besprach einen noch unbekanntem Fall der Firma Krupp, Essen. Unter lautloser Stille gab er kund, daß ein Berliner Agent der Firma Krupp sich bemüht habe, unter großem Gebührenden militärische Beamte zur Preisgabe militärischer Geheimnisse von Preisangeboten der Konkurrenz und von zu erwartenden Neuvergaben von Aufträgen zu veranlassen. Aus diesem Grunde müsse gefordert werden, daß die Versorgung des Reiches mit Marine- und Heeresmaterial der Privatindustrie entzogen werden und die Herstellung von Kriegswerkzeugen nur in Eigenbetrieben des Reiches vorgenommen werden sollte. Damit würde zugleich den fortgesetzten Kriegs- und Rüstungstreibereien der daran geschäftlich interessierten Kreise der Boden entzogen. Diesen schweren Beschuldigungen gegenüber hatte der Kriegsminister einen schweren Stand. Die Untersuchung dieses Falles sei noch nicht abgeschlossen, meinte er und es käme nur ein „unterer“ Beamter der Firma Krupp dabei in Betracht. Alle Parteien, einschließlich der Konservativen, hörten den Stammeleien des Kriegsministers mit eisigem Schweigen zu. Hierauf wurde die Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Sitzung vom 19. April.

Aus dem Reichstag wird uns unterm 20. d. Mts. geschrieben: Wie eine Bombe schlugen die Enthüllungen, die Genosse Liebknecht gestern im Reichstag über die Geschäftspraktiken, welche von Beauftragten der Firma Krupp getrieben werden konnten, ein. Herrschte schon gestern im Reichstag, als in später Stunde Liebknecht seine Ausführungen beendet hatte, allgemeine Verbitterung und Wut über die Verhüllung bei den bürgerlichen Parteien, so fuhr der Schlag, den diese Enthüllungen für die Firma Krupp selbst bedeutete, außerhalb des Reichstags nicht minder kräftig nieder. Sofort spielte der Telegraph von Berlin nach Essen und von dort nach Berlin. Und schon in den Berliner Morgenblättern konnte man eine ausführlich diplomatisch gehaltene Berichtswichtigungsnote der Firma Krupp finden. Auffallen muß dabei insbesondere, daß diese

„Erklärung“ sich vielfach mit den Erwiderungen des Kriegsministers im Reichstag deckt.

Die g-krigen völlig unzulänglichen Erklärungen des Kriegsministers boten dem Genossen Liebknecht nicht allein Veranlassung, sondern machten es ihm zur Pflicht, seine Veröffentlichungen über diese Skandalaffäre kapitalistischer Geschäftsunehrlichkeit fortzusetzen. — Wieder gehörte dem sozialdemokratischen Redner das Ohr des Hauses und mit schneidender Schärfe und mit zweifelsfreier Deutlichkeit hob Liebknecht hervor, daß es sich bei dem militärischen Geheimnisse preis gegeben wurden. Wurden doch bei dem Herrn v. Dewitz in Essen, dem die Verantwortung dieser Geheimnisse als außerordentlich wertvolle Dokumente unter allen Garantien dichtester Geheimhaltung von der Firma Krupp übertragen wurde, Berichte über Neukonstruktionen von Waffen und Kriegsmaterial gefunden.

Besonders kennzeichnend für das Verhalten der Untersuchungsbehörden in dieser Angelegenheit aber ist auch das Bemühen, neben den wirklichen Schuldigen auch die Personen zu ermitteln und zu verfolgen, die für Befanntwerden dieser Affäre sorgten. Mit Recht erklärte Liebknecht, daß er allein durch dieses illogische Manöver gegen seine Gewährsmänner sich berechtigt fühle, jede Rücksicht gegen die Firma fallen zu lassen. Und mit aller Entschiedenheit forderte er, daß der Kriegsminister nicht nur gegen die „unteren“ Schuldigen, sondern auch gegen die allmächtige Firma Krupp selbst vorgehe. Außerordentlich treffend trat unser Redner dann noch die oden Vordureiten des Kriegsministers auf die Firma Krupp, der das Deutsche Reich so viel zu verdanken haben soll, mit der passenden Gegenfrage ab, was denn die Firma Krupp dem deutschen Volk zu verdanken habe? Die Hunderte von Millionen Mark Vermögen dieser Firma stammen doch aus dem deutschen Bolke und aus dessen ärmsten, schwer arbeitenden Schichten!

Es war ein schwerer Tag für den Kriegsminister. Man sah es ihm an und hörte es noch mehr aus seinen vorlegenen Redensarten, die in stereotyper Weise immer wieder betonten: Man solle mit dem endgültigen Urteil über die Firma Krupp noch so lange warten, bis die Untersuchung und das Verfahren abgeschlossen sei. Das wiederholte der sonst so selbstbewußt auftretende Heeresgewaltige in resigniertem Ton immer und immer wieder.

Eindruck machte der Kriegsminister damit nicht, nicht einmal bei den bürgerlichen Parteien. Wachten dieselben auch ihre Presse der Firma Krupp bereitwillig zur Verfügung stellen, hier im Hause selbst mußten ihre Redner — bei aller Reserve im endgültigen Urteil über diese Veröffentlichungen — zugestehen, daß bereits das Feststehen völlig genüge, dem Kriegsminister zur energischen Weiterverfolgung der Sache zu verpflichten. Nur die Nationalliberalen, die Vertreter des Großkapitals par Exzellenz, erklärten, vorläufig überhaupt noch nicht auf diese Angelegenheit eingehen zu wollen. Selbst die Konservativen hielten mit ihrer bedingten Verurteilung solcher formumpierenden Geschäftsmanipulationen nicht zurück, für die Freisinnigen schloß sich ihnen Herr D o e n, Herr P r a b a n d fühlte sich offenbar mehr als Reserveoffizier, denn als Volksvertreter und suchte dem Kriegsminister zu assistieren. Seine Partei hat sich bemüht gesehen, diesen sonderbaren Velden in der „Vollständigen Zeitung“ zu desavouieren. Der erste Zentrumredner, Dr. P f e i s s e r, fand sogar äußerst scharfe Töne gegen den Kriegsminister und nicht minder gegen die Firma Krupp.

So ging denn auch heute diese Debatte mit einem glänzenden Erfolg der Sozialdemokratie aus, die wieder einmal die Erste war.

Moderne elegante Damen-Confektion

kaufen Sie zu billigen Preisen im

Modebazar für Gelegenheitskäufe Langgasse 21. Etage.

Jeder Einkauf eine Ersparnis.

Preußischer Kommiß.

161 Soldatengeschichten von August Winnig

Inzwischen war die Verfolgung nach allen Richtungen hin aufgenommen worden. Von dem in der Stadt stehenden Feldartillerieregiment wurde, wie ich in den folgenden Tagen erfuhr, eine reitende Abteilung alarmiert, die, in viele Patrouillen verteilt, nach allen Richtungen in die Nacht trabte.

In den Stuben sumnte es. Alle waren aufgeregter und besprachen den Vorfall. Dem eine Flucht aus der Bastion war selten, und die wenigen, deren sich die ältesten Gefangenen erinnern konnten, waren alle misglückt. Man zweifelte allgemein auch nicht daran, daß Knüpper sich lebend über die Grenze retten würde. Da niemand außer mir wußte, wie er die Flucht bewerkstelligen hatte, so wurden die verschiedensten Mutmaßungen laut. Einige glaubten, er habe sich in den Latrinen versteckt und sei noch gar nicht fort von der Bastion. Andere meinten, er habe die Mauer nach der Stadtseite übersprungen und halte sich in der Stadt verborgen, wo angeblich derartige Schlupfwinkel sein sollten. Dieser Meinung stimmte auch ich bei; ich glaubte ihm damit helfen zu können, daß ich für eine falsche Fährte eintrat. In der Stadt wurde denn auch tatsächlich eifrig gesucht.

Ich lag noch lange Zeit im Bett, ehe ich einzuschlafen vermochte. Als ich endlich eingeschlafen war, träumte ich, Knüpper sei bei dem Versuch, aus dem Kamin zu entkommen, von der schweren Platte erdrückt worden und liege oben, die Arme mit den im Lodeskampf geballten Fäusten abwärts gestreckt, mit zerbrochenem Genick auf dem Schornstein. Dies Bild verfolgte mich durch meine Träume. Ob man ihn auf und dann hielt ich den Traum für Wahrheit. Ich sagte mir, daß er gar nicht entronnen sein könne, sondern beim ersten Hindernis schon umgekommen sei.

Während der Nacht wurde zweimal revidiert und jedesmal weckten mich die schweren Tritte der Soldaten auf. Man ging diesmal genau durch und befühlte jedes Bett, ob auch alles da war. So verbrachte ich die ganze Nacht zwischen wirren, beängstigenden Träumen und hingerichteter Phantasien.

Da der folgende Tag ein Sonntag war, so erfuhren wir nur wenig neues. Beim Mittagappell waren die Wachen verstärkt

und das ganze Gebaren der Wachtmannschaften trat ein außerordentliches Gepräge. Auf der Stube wurde das Thema fortwährend eifrig besprochen. In diesem eintönigen Leben mußte ja ein solches Ereignis tiefe Wirkung ausüben. Am Abend hatte man so viel erfahren, daß Knüpper noch nicht gefundener sei, man glaube aber die Gewißheit zu haben, daß er mit dem Nachschußzug in vornehmer Verkleidung nach dem Norden gefahren sei. Ich jubelte innerlich.

Es wurde Montag, und noch immer war keine Gewißheit da. Ich war wieder bei der Arbeit und versuchte man, den Sergeanten auszuholen. Er verhielt sich zurückhaltend, wußte also wohl nichts, ich erhielt aber die glückliche Gewißheit, daß man an eine Schuld immerhin gar nicht mehr dachte. Ebenso wenig hätte man erdacht, welchen Weg Knüpper genommen hatte. Als ich es, ohne Verdacht zu erregen tun konnte, machte ich die große Zugöffnung im Kamin zu. Ich fürchtete, der Sergeant würde dabei auf die richtige Fährte gelenkt werden, aber er achtete gar nicht darauf. Er hatte freilich auch größere Sorge, denn es war sicher, daß er wegen seiner Unaufmerksamkeit bestraft werden würde, obgleich er so korrekt gehandelt hatte, wie unter den Umständen möglich war. Was man ihm zur Last legte, war, daß er mich, den nur gering Bestraften, begleitet und den „schweren“ Gefangenen unbeaufsichtigt gelassen hatte.

Zu Mittag kam eine ausregende Meldung an, die ich nach der Pause von dem erfreuten Sergeanten erfuhr: Auf einem Berliner Botenbahnhof war ein Mensch verhaftet worden, den man für Knüpper hielt. Dies gemeldete Signalement paßte so gut wie vollständig. Ich hielt es nicht mehr für nötig, zu heucheln und verhielt mich darum ganz gleichgültig, was meiner Auffassung völlig entsprach; denn ich wußte, daß Knüpper das nicht sein konnte. Am nächsten Tage trat die Bestätigung meiner Ansicht denn auch prompt ein. Es kamen dann noch mehr ähnliche Meldungen, aber stets stellte ich nach einigen Tagen heraus, daß man einen Mißgriff getan hatte. Trotzdem wurde die Verfolgung eifrig weiter betrieben. Ungefähr eine Woche nach der Flucht kam ein Kriegsgerichtsrat, der den Sergeant und mich nach einmal abhörte und damit waren die Akten über den Fall vorläufig geschlossen.

Mittlerweile ging auch meine Strafzeit zu Ende. Je näher der Tag der Entlassung kam, um so ärger wurden die Quälereien, mit denen mich meine Stubegefährten verfolgten. Es geschah,

daß man mir die winzige Fleischportion, die es dreimal in der Woche zum Mittagessen gab, abstrichlich vom Tische warf, worauf ich sie dann natürlich nicht mehr essen konnte. Wälden wollte ich die Later nicht, dazu konnte ich mich nicht entschließen, und auf meine Vorhörungen erklärten sie alle, es sei verheerend geschehen und es sei ja auch nicht schlimm, denn ich könnte mich doch bei der Truppe wieder vollkressen. Bei einer ähnlichen Gelegenheit reizte mich der strotzige Stubenälteste schwer: „Schlag mich doch nur! Wir warten alle darauf!“ Das wußte ich, daß es darauf abgesehen war. Hätte ich einen geschlagen, so hätten sie es natürlich sofort gemeldet, und ich wäre mit Arrest bestraft worden. Das hielt mich zurück. Aber ich ließ mich dazu hinreißen, ihnen die lange Dauer ihrer Gefangenschaft ohneweg vorzutun:

„In fünfzigten machte ich eine Ruderpartie — und Ihr sitzt hier bei der doppelten Fleischportion. Im Herbst fahre ich auf Reserve — und Ihr sitzt immer noch hier. Ich arbeite längst wieder und bin längst wieder bei meiner Braut und meiner Mutter — und Ihr seid immer noch auf der Bastion und springt beim Lüften ins Bett und beim Lüften aus dem Bett! Wo laßt Eurer Mut mir ruhig die Jügel schießen, lange dauert es ja doch nicht mehr!“

Da gab es einen heidmähigen Lärm. Wie verwundete Raubtiere brüllten sie und umringten mich. Ich schob sie zur Seite und ging stolz wie ein Sieger in meinen Winkel. Bald wurde es still und nach einer halben Stunde sah ich, daß auch der Kleine in seinem Winkel sah, die Hände vors Gesicht preßte und manchmal schluchzend aufstieß. Er tat mir leid, und wenn ich mit ihm allein gewesen wäre, hätte ich ihm meine Noheit abgeben.

Unter diesen Verhältnissen war es doppelte Erlösung, als ich am Abend des vorletzten Tages in die sogenannte Abgangswelle zog, wo die Gefangenen, die am folgenden Tage entlassen werden, die letzte Nacht zubringen. Diese Maßregel soll verhindern, daß sie Bottschaften der dableibenden Gefangenen mit hinausnehmen. Bei mir war sie überflüssig, ich ließ keinen Freund zurück, der mir etwas anvertraut hätte.

Vor dem Transport hatte ich etwas Strauen; würde es wieder solch moralisches Spießrutenlaufen werden, wie die Herfahrt? Glücklicherweise nicht. Ein alter Sergeant, derselbe, der mich als Rekrut nach der Garnison gebracht hatte, holte mich aus der Bastion ab.

(Fortsetzung folgt.)

in in wirtschaftlich vaterländischem Interesse in ein kapitalistisches Wespenstich.

Nach diesen Debatten und nachdem dem schwer aufatmenden Kriegsmilitär das Gehalt endlich bewilligt worden war, lenkte sich die Sonnabendstimmung über das Haus, das hintereinander die einzelnen Kapitel des Heeresetats bis zum „Befeldungsamt“ erledigte.

Eine eingehende Kritik ließ Genosse Künert dem Militärjustizwesen zuteil werden, und Genosse Stadthagen unterstützte ihn darin mit der Anführung eines besonders halbes Militärbürokratie Maßnahmen gegen einen entlassenen Soldaten. Vor allen Dingen begründete Abgeordneter Kuntz aber eine Resolution unserer Fraktion, durch welche die Heeres- und Militärverwaltung zur Veröffentlichung statistischer Tatsachenmaterials über die gesamte Militärjustiztätigkeit aufgefordert wird. Die Resolution wurde angenommen.

Genosse Rinkau nahm sich beim Kapitel „Generalsstab und Verwaltungsamt“ den Interessen des Kaptographengewerbes an, während Genosse Zubeil wieder eine Reihe Fälle leider allzu berechtigter Klagen der Zivilisten über die unlautere Konkurrenz der Militärmuster vortragen mußte. Dabei rühte unser Redner die Beschwerte in den Vordergrund seiner Ausführungen, daß die Klagen der Zivilistenmilitär jetzt noch weniger Beachtung bei der Militärbehörde finden, als früher. — Bei dem Kapitel „Befeldungsamt“ brachte Genosse Böhle die Lohnbrückerel, die durch das Straßburger Befeldungsamt gefördert wird, zur Sprache, während Genosse Jaekel die Militärverwaltung aufforderte, bei den Vergewöhnungen von Tuchbestellungen vor allen Dingen die Firmen zu berücksichtigen, die den bei ihnen beschäftigten Arbeitern anständige Arbeitsbedingungen gewähren und die mit den Textarbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben.

Danach wurde die Verhandlung abgebrochen. Am Montag geht es in der Beratung des Militärsetats weiter.

Danzig.

Das Westpreussische Volksblatt weint bittere Tränen darüber, daß man die Schwarzen, insbesondere die Ostmarkenverein veranstalteten Bismarck-Kommers eingeladen hat. Man sieht hier wieder einmal, inwieweit die geistigen Fähigkeiten des Westpreussischen Volksblattes zu beurteilen sind. Hesen, Lügen und verleumdungen gegen die Sozialdemokratie 1a, Geschichte ihrer selbst 5b. Als im Reichstage 1895 ein Antrag für eine Bismarck-Ehrung zu dem 80. Geburtstag zur Beratung stand, wurde dieser Antrag von der Majorität des Reichstages abgelehnt. Das Zentrum gab den Ausschlag für die Ablehnung der Bismarck-Ehrung. Wenn wir nicht irren — die Reichstagsakten stehen uns im Augenblick nicht zur Verfügung — legte daraufhin der damalige konservative Präsident des Reichstages von Levetzow im Verein mit dem zweiten Vizepräsidenten sein Amt als Präsident nieder. Von dieser Zeit an amtierte er Reichstag als Präsident ein Schwarzer, bis zu den Hottentottenwahlen im Jahre 1907.

Nun müssen sich doch die Schwarzen sagen, daß es inkonsequent gewesen wäre, dieselben einzuladen. Dieser Antrag wird wohl die Geschichte aus dem Jahre 1895 noch im Gedächtnis haben. Die Schwarzen müßten doch wissen, daß es an einer Stelle heißt, die meine Gebote übertreten, sollen bestraft werden bis ins dritte und vierte Glied usw. Nun, das ist der Fluß der bösen Tat, daß sie fortzuzugend Böses muß gebären. Hätten die Schwarzen damals sich nicht an der Majestät des preussisch-deutschen Hausmeier Bismarck versündigt, wäre Künzle und sein Stab auch zum Bismarck-Kommers eingeladen worden. Na, auch der Schmerz wird vorübergehen und vergessen werden, wenn der schwarzblaue Schnapsblock, Seele an Seele, das Volk wieder schröpfen wird. Dazu wird man die Schwarzen schon gebrauchen. Einer Einladung bedarf es dabei aber nicht, denn die Schwarzen werfen sich im Sturm gegen den Blauen an die Brust und werden freudig mit offenen Armen aufgenommen. Also, nur Geduld, ihr lieben Brüder in Christo, wenn man euch braucht, wird man euch nicht vergessen.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt. In der am 20. April im Bürgergarten abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung gab Genosse Sellin als Vorsitzender zunächst den Bericht für das letzte Halbjahr. Das nach dem Beschluß des letzten Parteitagess nunmehr am 31. März endende Parteiverwaltungsjahr machte diese Änderung notwendig. Sellin gab eine Übersicht der äußeren und inneren Parteiarbeit und schloß mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit angestrengtester Arbeit für die Landtagswahl.

Genosse Maloches gab dann den Kassenbericht für das 1. Quartal 1913. Die Gesamtannahme stellte sich auf 2523,07 Mark, die Ausgabe auf 1975,18 Mk., so daß ein Bestand von 847,89 Mk. verblieb. Am Schlusse des Quartals waren 1563 Mitglieder, darunter 140 weibliche, vorhanden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Nach ausgiebiger Debatte des Vorstandsberichtes wurde die Parteiliste wie folgt gewählt: Sellin, Vorsitzender, Treder, stellvertretender Vorsitzender, Maloches, Kassierer, Treder, Schriftführer, F. Spill und Jäpel, Beisitzer. Zu Revisoren wurden die Genossen Mollenhauer, B. Schmidt und Trojan gewählt. Die Wahl einer Beisitzerin wurde vertagt, um die Vorschläge einer Frauen-Mitgliederversammlung abzuwarten.

Darauf referierte Bartel über den Antrag der Parteiliste und der Vertrauensmänner, der die Anstellung eines gemeinschaftlichen Parteisekretärs für die Wahlkreise Danzig-Stadt und Land wünschte. Nach Darlegung der Verhältnisse und Erfahrungen, die diesen Schritt rechtfertigten, konnte der Referent mitteilen, daß auch der Parteivorstand der Anstellung unter Übernahme eines Drittels der Kosten zugestimmt habe. In der regen Debatte wurde auch von mehreren Seiten dem Antrage widersprochen. Aber auch die Redner, die die Anstellung nicht als verfehlt ansahen, erkannten die sachliche Notwendigkeit dafür an. Schließlich stimmte die Versammlung mit Zweidrittelmehrheit der Anstellung zu. Die Ausschreibung der Stelle soll öffentlich durch den Provinzvorstand und die Vorstände der beiden Wahlkreisorganisationen unter Zustimmung des Parteivorstandes vorgenommen werden.

Dann nahm die Versammlung Stellung zur Landtagswahl und stellte die Genossen Mardwald, Behl und Bartel als Kandidaten für die Abgeordnetenwahl auf.

Zur Landtagswahl.

Danzig-Land. Kreis Danziger Höhe: Der Landrat des Kreises hat die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Zahl in jedem dieser Bezirke zu wählenden Wahlmänner beschlossen. Ausführung der Neuweise für das Haus der Abgeordneten 1913 in Nr. 33 des „Kreis- und Anzeiger-Blattes Kreis Danziger Höhe“ bekannt gegeben.

Danach sind vorhanden 39 Wahlbezirke, in denen 194 Wahlmänner zu wählen sind.

Die Wahlbezirkseinteilung ist folgende:

1. bis 2. Wahlbezirk: Saspe. — 3149 Seelen, 11 Wahlmänner.
3. bis 4. Wahlbezirk: Bröjen, Schellmühl. — 3037 Seelen, 10 Wahlmänner.
5. bis 10. Wahlbezirk: Oliva mit Blettka und Conrads-hammer. — 9346 Seelen, 36 Wahlmänner.
11. Wahlbezirk: Oliva Forstgut mit Freudental, Aehrwieder und Försterei Schäferer, Gut Schäferer, Bluckau, Matern, Ramkau. — 1547 Seelen, 6 Wahlmänner.
12. Wahlbezirk: Brentau, Försterei Matemblewo. — 1187 Seelen, 4 Wahlmänner.
13. Wahlbezirk: Bissau, Czapelu, Kokojschen, Leesen, Ellernih. — 1434 Seelen, 5 Wahlmänner.
14. Wahlbezirk: Pieghendorf, Müggau, Renkau, Kl. Kelpin. — 866 Seelen, 3 Wahlmänner.
15. bis 16. Wahlbezirk: Einaus. — 2217 Seelen, 8 Wahlmänner.
17. Wahlbezirk: Altdorf, Donneberg. — 794 Seelen, 3 Wahlmänner.
18. Wahlbezirk: Hoch-Kelpin, Richtigof, Schüddelkau, Ottomin Forstgut, Rambau. — 872 Seelen, 3 Wahlmänner.
19. bis 25. Wahlbezirk: Ohra. — 11029 Seelen, 40 Wahlmänner.
26. Wahlbezirk: Kowall, Bankau, Böblau, Jenkau. — 1508 Seelen, 6 Wahlmänner.
27. Wahlbezirk: Gr. Bölkau, Kl. Bölkau, Goshin, Artshau, Borrenschin. — 1464 Seelen, 5 Wahlmänner.
28. Wahlbezirk: Gut Schönfeld, Dorf Schönfeld, Mahkau, Gute Herberge, Scharfenort, Nobel, Zankenzin. — 1491 Seelen, 5 Wahlmänner.
29. Wahlbezirk: Rottmannsdorf, Strajshin, Prangshin, Borgfeld. — 1011 Seelen, 4 Wahlmänner.
30. Wahlbezirk: Bangshin, Wogonow, Jetau, Schwintsch, Bishkau.
31. bis 32. Wahlbezirk: Prauß. — 2841 Seelen, 10 Wahlmänner.
33. Wahlbezirk: Gr.-Saalau, Kl.-Saalau, Regin, Bissau, Johannistal, Gut Wartich, Dorf Wartich, Mallekin, Domachau. — 1205 Seelen, 4 Wahlmänner.

34. Wahlbezirk: Meisterswalde. — 833 Seelen, 3 Wahlmänner.
 35. Wahlbezirk: Braunsdorf, Prausterkrug, Sashojshin, Gut Schwarzenfelde, Dorf Scherniau, Brenzdorf. — 1225 Seelen, 4 Wahlmänner.
 36. Wahlbezirk: Gut Gr.-Aleschkau, Dorf Gr.-Aleschkau, Dorf Gr.-Trampken, Gut Gr.-Trampken, Forstgut Trampken, Koghe, Kl. Trampken, Tashau. — 1673 Seelen, 6 Wahlmänner.
 37. Wahlbezirk: Bösendorf, Riadau, Suchshin, Zippau.
 38. Wahlbezirk: Pongonau, Kossojshin. — 1142 Seelen, 4 Wahlmänner.
 39. Wahlbezirk: Kl.-Aleschkau, Rosenberg, Schönwarling. — 1323 Seelen, 5 Wahlmänner.
- Die Abgrenzung der Wahlbezirke von 1-10, 19-26 und 31-32 erfolgt durch die betreffenden Gemeindeführer, und ersuchen wir unsere Genossen darauf zu achten und wenn die Wahlbezirkseinteilung getroffen ist, die erforderlichen Wahlmänner aufzustellen.

Aus Westpreußen.

Ohra. Arbeitsniederlegung. Bei der Firma Rothberg in Ohra, Pappenfabrik, haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil dieselben für den fürstlichen Lohn von 3 Mark nicht weiter arbeiten wollten.

Danzig-Land. Heubude. Herr Kanthack meldet sich. Er schreibt uns einen großen Brief und verlangt von uns, daß wir ihn in der Volkswacht abdrucken sollen. Das werden wir nicht tun und es wird auch so gehen. Wir werden den Brief nicht abdrucken, selbst wenn Kanthack seine Drohung wahr machen und ihn als „Inferat in den Neuesten Nachrichten“ erscheinen lassen sollte. Ja, wir würden uns freuen, wenn Kanthack seine Drohung wahr machte und der „kloßige Brief“ der Mittel durch die „Neuesten“ bekannt würde. Dann werden auch Leute, die die Volkswacht nicht lesen, erfahren, was Bestes Kind Herr Kanthack ist. Die Leser der Volkswacht kennen ihn bereits sehr gut.

Einiges aus dem ominösen „Brief“ wollen wir aber doch mitteilen. Zunächst freut sich der Schankwirt Kanthack, daß wir mit unserer Notiz in der Volkswacht für sein Lokal kostengünstige Reklame machen. Dann beschimpft er organisierte Arbeiter. Er sagt von ihnen, daß sie „es sich zur Parole gemacht haben, ihn in jeder Weise zu betriegen und zu schädigen“. An der Spitze dieser „Konferte“ sollen nach Kanthack stehen „ein großer Teil Maler, Bauhandwerker und Schichtarbeiter“. Einige Ausnahmen will er gelten lassen. Weiter meint Kanthack, daß mit Ausnahmen die Gewerkschaftler es sich „zu Herzen genommen haben, daß sie anschieben lassen und fowieso keinen Pfennig bezahlen“. Weiter beschimpft Kanthack die Partei- und Gewerkschaftsvorstände. Er verlangt von ihnen, daß sie „nur die Lokale besuchen, wo sie verkehren sollen (!) und nicht in den Schlemmerlokalen“.

Übelnehmen braucht man Herrn Kanthack diese Stilproben wahrlich nicht. Er hat den Brief am Sonnabend geschrieben. Um welche Zeit, können wir natürlich nicht wissen. Aber wir vermuten, es wird nicht mehr ganz „früh“ gewesen sein und nach 9 Uhr darf man — auch hier gibt's Ausnahmen — bekanntlich einem Gastwirt nichts mehr übelnehmen. Die Ausübung seines Berufs wird bei Kanthack auch einen guten Teil dazu beigetragen haben, daß dieser Brief geschrieben werden konnte.

Unsere Partei- und Gewerkschaftsossen fordern wir aber auf, nach wie vor sein Lokal zu meiden, damit Herr Kanthack die Ausgaben für die Lokaltücher sparen kann. Wer Schaden bei ihm gewacht hat, bezahle sie.

Zoppot. Am Sonntag fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des Genossen Lorenz-Danzig über „die preussische Staatsverfassung“. Der Redner schilderte eingehend an Hand der Geschichte die Entwicklung unserer Verfassungsstaaten und besprach dann speziell die preussische Verfassung, deren oberster Grundsatz: Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, leider nicht zur Geltung gelangt und das in einem Klassenstaate auch völlig unmöglich sei. Der ungefähr 1 1/2 Stunden andauernde Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Ergänzungen des Referenten erfolgte, wie notwendig es sei, sich politisch zu betätigen, um Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Die weiteren Beratungsgegenstände, die Freizeiter und 50 Jahre Sozialdemokratie, fanden ihre Erledigung dadurch, daß man es dem Vorstand überläßt, nach Belieben zu handeln, da die Lokal-

Zweigvereinsniederlassungen: Berlin · Magdeburg
Halle · Posen · Danzig · Königsberg i. Pr.

Zweigvereinsniederlassungen: Berlin · Magdeburg
Halle · Posen · Danzig · Königsberg i. Pr.



Was wir unseren geschätzten Kunden infolge unserer bedeutamen Umsätze an Vorteilen zu bieten vermögen, steht als unübertroffen da!

Die gefunde Entwicklung der jugendlichen Füße wird gewährleistet durch das Tragen unserer hygienisch richtig ausgeführten Mädchen- und Knabenstiefel

Haupt-Preislisten für Damen- u. Herren-Stiefel
10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰

Langgasse 67

gegenüber der Hauptpost

2-2 2-3 2-5 2-6
6- 7- 8- 9-

Wage dabei eine Rolle spielt. Mit dem Wunsche, unsere Ideen immer weitere Kreise zu tragen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Entsch. Seit mehreren Tagen werden die hiesigen Geschäftsleute von Vertretern, resp. Akquisitoren des im Verlage von J. Wichterich - Leipzig erscheinenden und vom Genossen Stöckel - Bromberg herausgegebenen „Arbeiter-Magazin“ zur Aufgabe von Inseraten in diesem Büchlein animiert. Die Geschäftsleute sind meist der Meinung, daß dies von uns ausreicht. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir mit diesem Unternehmen in keinerlei Verbindung stehen.

Expedition der Volkswacht.

Thorn. Soldatenschildererei en masse. Ein Riesensproß wird zurzeit in Thorn vor dem Kriegsgericht der 25. Division verhandelt. Dem „Berliner Tageblatt“ wird hierüber berichtet: „Im vergangenen Jahre wurden mehrere Stammlaute der 1. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 176 bestraft, weil sie als Unteroffiziersdiensttue die ihnen unterstellten Leute mißhandelt hatten. Die Angeklagten redeten sich damals darauf hinaus, daß diese Erziehungsmethode in der Kompagnie gebräuchlich sei. Das Kriegsgericht stellte umfassende Ermittlungen an, die jetzt zur Anklage gegen den Kompagniechef Hauptmann Köhler und gegen den Feldwebel Kremin führten. Zur Anklage stehen etwa 500 Fälle, die sich auf mehrere Jahre erstrecken. Geladen sind mehr als 130 Zeugen, zumelst Reservisten. Die Öffentlichkeit wurde für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen, und zwar wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen und Verletzung des Ehrgefühls des mitangeklagten Offiziers.“ Der Prozeß wird voraussichtlich 8 Tage in Anspruch nehmen.“ Das ist eine treffliche Ergänzung der Klagen, die unsere Genossen im Reichstage gegen die Soldatenmißhandlungen erhoben haben. — Zu vorstehendem wird uns aus Thorn noch geschrieben: In der Zeit des überschwänglichen Patriotismus und des Bewilligungseifers neuer Heeresvorlagen dürfte eine Verhandlung vor dem Thorer Kriegsgericht von besonderem Interesse sein. Angeklagt sind der Hauptmann Köhler und Feldwebel Kremin vom Infanterie-Regiment 176, 1. Kompagnie in Thorn. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, sich in 500 Fällen an Untergebenen vergangen zu haben, indem gegen die armen und wehrlosen Soldaten die schwersten Mißhandlungen verübt worden sein sollen. Die Öffentlichkeit wurde wegen Gefährdung der militärischen Disziplin während der ganzen Verhandlung ausgeschlossen. Somit ist es unmöglich gemacht, zu kontrollieren, welche „Taten“ diese Angeklagten begangen und welche Fähigkeiten dieselben in Menschenmißhandlungen eventuell bewiesen haben. Die Fälle der Mißhandlungen liegen bis in das Jahr 1906 zurück. Nach Thorn zur Verhandlung sind 137 Zeugen geladen, während zirka 500 weitere Zeugen der weiten Entfernung wegen im übrigen

Reich, namentlich in Rheinland, vernommen worden sind. Für die Verhandlung sind acht Tage in Aussicht genommen. Soweit Einzelheiten an die Öffentlichkeit bringen, geht hervor, daß Hauptmann Köhler bereits im Jahre 1908 wegen Mißhandlung zu 15 Tagen Stubenarrest verurteilt wurde, in der Hauptsache dafür, weil er einen Soldaten mit dem eigenen Säbel beim Paradeerschüßen, derart in die Kniekehlen schlug, daß er sofort zusammenbrach. Auch im Jahre 1910 soll eine weitere Bestrafung erfolgt sein, ohne daß diesem Hauptmann die Fähigkeit, Soldaten auszubilden, genommen, bezw. beschränkt wurde. Von den Zeugen wird erzählt, daß der Hauptmann und sein Feldwebel im Charakter wie ein Ei dem andern gleicht. Der Hauptmann Köhler behauptet auch, von Mißhandlungen selbst nichts gewußt zu haben und sucht die Schuld für etwa vorgekommene Fälle auf die Untergebenen — die Unteroffiziere abzuwälzen. Letztere geben an, zu den Taten durch Hauptmann Köhler veranlaßt worden zu sein, ja selbst Mißhandlungen zu erdulden hatten. In der Verhandlung am 17. wurden nur Unteroffiziere vernommen.

Jastrow. Betrug. Unter der Anlage des Betrages stand der Arbeiter Traugott Lange von hier. Er soll das Vermögen der Stadt Jastrow dadurch geschädigt haben, indem er unter dem Vorgeben, daß er mittellos sei, eine fortlaufende Armenunterstützung von insgesamt 122,30 Mark und Arztkosten in Höhe von 103 Mark erstattet erhielt, obgleich er erhebliches Sparguthaben besaß. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis.

Tuchel. Nicht bestätigt. Der Guisbesther Mindat in Kl. Mangelmühle, der schon viele Jahre Gemeindevorsteher dieser Gemeinde war, wurde zum zweiten Mal auf die weitere Dauer gewählt, jedoch wurde diese Wahl nicht bestätigt.

Danziger Gewerkschaftsbewegung.

Bauarbeiter. Am Donnerstag tagte im Bürgergarten in Schidlich eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die außergewöhnlich gut besucht war. Die Lohnkommission gab den Bericht und das Ergebnis der Verhandlung mit den hiesigen Unternehmern für das Baugewerbe betreffs Abschluß eines neuen Tarifvertrages bekannt.

Aus der Diskussion ging hervor, daß das Angebot so minimal sei, daß dasselbe nicht annehmbar sei. Es sprach die Mehrzahl der Kollegen gegen die Annahme und ersuchten die Versammlung um Ablehnung des Angebots, weil es nicht im entferntesten den Ausgleich für die in den letzten Jahren erfolgte Preissteigerung der Lebensmittel bietet. Die Lohnkommission schilderte nochmals den Gang der Verhandlungen und erklärte, daß es nicht möglich war, die Unternehmer zu überzeugen, daß ein höheres Angebot nötig sei. Wenn die

7 bis 8 Pfennige uns nicht befriedigen können, so muß doch in Betracht gezogen werden, daß der größte Wunsch, die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden in die Vertragsdauer aufgenommen ist.

Nachdem drei Stunden über das Angebot diskutiert war, empfahl die Kommission, wenn das Angebot uns alle auch nicht befriedigt, jedoch des Friedens halber, dieses anzunehmen.

Die Abstimmung ergab dann auch eine Majorität für die Annahme. Da nun Danzig als letzter Ort in Westpreußen verhandelt hat und eine Einigung überal erzielt ist, so ist anzunehmen, daß wohl der Friede für das Baugewerbe für die Ostprovinzen gesichert ist.

Mit einem Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1912. Der Metallarbeiterverband hat seine Jahresabrechnung für 1912 veröffentlicht. Wie die bereits veröffentlichten Abrechnungen der übrigen Gewerkschaften, so erbringt auch diese erneut den Beweis von der emimenten Leistungsfähigkeit unserer Zentralverbände und ihrer Unentbehrlichkeit im geleisteten Erstzinstampfe der Arbeiterklasse. Es ist die Sprache der Zahlen! In Worte und Begriffe übersetzt, zeigen sie uns eine geradezu glänzende Entwicklung, die der Verband im Jahre 1912 genommen hat.

Der Verband zählte bei 182 558 Beitritten 561 547 Mitglieder am Jahresschluß (515 145 im Jahre 1911), das ist eine Zunahme von 46 402. Der Verband hat schon größere Mitgliederzunahmen gehabt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1912 der Uebertritt des Schmiedeverbandes zum Metallarbeiterverband erfolgte. Die Zahl dieser Uebergetretenen wird nach einer vorläufigen Zusammenstellung in Nr. 2 der Metallarbeiterzeitung auf 14 875 angegeben. Der Wiesenhaltsche Verband, der längere Zeit hindurch verzweifelte Anstrengungen machte, die Verschmelzung des Schmiedeverbandes mit dem Metallarbeiterverbande zu verhindern oder wenigstens einen größeren Teil Mitglieder für seine Organisation einzufangen, hat seinen Zweck nicht erreicht. Damit hat der Gedanke einer machtvollen Einheitsorganisation der Metallarbeiter Deutschlands einen weiteren beachtenswerten Fortschritt gemacht. Auf Grund der bisherigen Entwicklung des Metallarbeiterverbandes darf man die Hoffnung hegen, daß sich die Vereinigung des Schmiedeverbands in einer Organisation ebenso bewähren wird, wie das bei verschiedenen anderen Branchen bereits der Fall ist. Die wirkliche Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes beträgt nach Abzug der Schmiede 31 527, ein Resultat, mit dem man in einem Jahre industrieller Hochkonjunktur nicht zufrieden sein kann. Immerhin befriedigt die Gesamtmitgliederzunahme einschließlich des Uebertrittes der Schmiede, besonders angesichts der Tatsache, daß weder der christliche noch der Hirsch-Dundersche Konkurrenzverband überhaupt soviel Mitglieder aufweisen können, wie

Konfektions-Haus
Breitgasse
Nr. 127
W. Riese

Anzüge
von 20 an

Billigste Preise, da großer Umsatz
und kleiner Nutzen!
Riesenauswahl fertig und nach Maß!

Paletots
von 18 an

W. Riese
Breitgasse
Nr. 127.
Konfektions-Haus

Wilhelm Zamory
Glas- u. Bilderleisten-Handlung
Teleph. 2505. Danzig, Tischlergasse 47. Teleph. 2505.
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Herren-Garderoben
kaufen Sie am besten im
Spezialhaus
Louis Israelski
Kohlenmarkt II.
Sacco-Anzüge
nur beste Ausführung
16.50, 22, 27, bis 45 //
Paletots u. Ulster
die neueste Mode
18, 21, 26, bis 50 //
Nach Mass geringer Preis-
aufschlag.


Hüte, Mützen große Auswahl
billige Preise.
Huthaus London
nur II. Damm 10.

1912er Legehühner
Jodl, Emballage, Fracht franko
jeder Bahnstation unter Garantie
lebender und gesunder Ankunft, mit
ärztl. Zeugnisse, gegen Voreinsen-
dung des Betrages 13 Stück große,
Hal, täglich Eier legende Hühner
früher Brut, mit einem schönen
Zuchtschu, die Farben nach Be-
lieben, 30 Mk. Tafel-Ruhmilch-
Butter, täglich frisch, 10-Pfd. Kaffi
9 Mk. Blumenblendenhonig, natur-
rein, f. Brustleidende, 10-Pfd. Dose
7 Mk., zur Probe 5 Pfd. Butter
u. 5 Pfd. Honig 7,50 Mk. Bänse-
federn, schneeweiß, staub- u. stiefrei,
mit ganzen Daunon, von der Gans-
gerupft, per Pfd. 2 Mk. Dieselben
sein gechlüpfen, sehr: füllkräftig, per
Pfd. 3 Mk. Daunon: Flaumen,
3 Pfund genügend zum Oberbett,
per Pfund 6 und 5 Mk.
Ostas Sternlieb,
Luftstr. 5. 13 via Breslau.

Central-Theater
Nur Brückstrasse 15.
In diesem Programm:
2 groß. Sensationsschlager
2 Verirrte
Soziales Drama in 4 Akten.
**Der Roman eines
Warenhausmädchens.**
Schlange am Busen
Gesellschaftsdrama in 3 Akten.
Dazu die übrigen erstklassigen Sujets.
Die Direktion.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt
5. Bezirk (Langfuhr).
Am Donnerstag, den 24. April, abends 8 Uhr bei Vöhring, Michaelsweg
Frauenmitglieder Versammlung
Tagesordnung: 1. Die Frau im Landtagswahlkampfe. Referent!
Genosse Prohwin. 2. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen wünsch!
Der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt
2. Bezirk.
Bezirks-Generalversammlung
am Donnerstag, den 24. April, abends 8 Uhr, Mauerverberge.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vor-
standes und der Revisoren usw. 3. Verschiedenes.
Genossen, sorgt für guten Versammlungsbesuch.
Die Bezirksleitung.

**Weichsel-Königin
Seife**

ist garantiert rein, schont
daher die Wäsche und
bleicht dieselbe infolge
des Gehaltes an bestem
Terpentinöl.
Überall erhältlich.
J. M. Wendiach Nachf., Seifenfabrik, Thorn.


Nigrid
Alteingiger Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

die Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes in einem Jahre beträgt:

Die buchnächste Befehlsentnahme und Ausgabe, also ein- und auslaufend des Kassenbestandes und der durchlaufenden Posten beträgt sich auf 18 694 111 Mark. Die Reineinnahme beträgt 17 934 088 Mark (15 276 320 Mark im Vorjahr), der eine Gesamtausgabe von 12 592 075 Mark bei einem Vermögensbestand von 11 370 379 Mark (6 360 419 Mark) gegenübersteht. Der Vermögenszuwachs beträgt 5 009 960 Mark. Damit hat sich der Verband zu einem gewerkschaftlichen Großbetrieb sowohl im Hinblick auf die Zahl der ihm angehörigen Metallarbeiter wie auch in Bezug auf den Geschäftsumsatz, die Inanspruchnahme und Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben entwickelt. Im einzelnen wurden veranschlagt für:

	1912	1911	meh- weniger
Kassengeld	344 246	309 649	34 597
Umgangsunterstützung	140 831	124 268	16 563
Arbeitslohnunterstützung	1 690 529	1 463 324	227 205
Krankeunterstützung	3 435 106	3 139 848	295 258
Nahrungsmittelunterstützung	177 294	190 974	13 681
Kostunterstützung	70 871	84 120	13 249
Sterbegeld	127 244	104 044	23 201
Rechtschutz	63 135	79 305	16 170
Streikunterstützung	2 342 257	4 247 667	1 905 411
Verbandsorgan., Bildungs- zwecke	438 821	408 256	30 565
Agitation und Information	250 101	232 249	17 852
Hauptverwaltung	264 294	251 828	12 466
Konferenzen	2 177	63 900	61 723
Für ausgesperrte Tabak- arbeiter	43 173	21 500	21 673
Steuern	21 224	13 818	7 406
Sonstige Ausgaben (General- kommission, internationale Verbindungen, Bureauein- richtung, Versicherungs- fonds usw.)	191 199	123 510	67 689

Den Verwaltungsstellen verbleibt als Anteil an den Beiträgen die statliche Summe von 2 989 573 Mark. Hiervon, sowie aus den Einnahmen von lokalen Ertragsbeiträgen bestreiten die Verwaltungsstellen ihre Verwaltungsausgaben, leisten aber nebenbei aus diesen Mitteln noch beträchtliche Unterstützungen. Die Abrechnung der Lokalkassen, die 1911 eine Reineinnahme von 2 704 002 Mark ergab und mit einem Vermögensbestand von 3 868 323 Mark abschloß, liegt noch nicht vor. Auf Grund des günstigen Abchlusses der Hauptkasse kann angenommen werden, daß die Rechnungsergebnisse der Lokalkassen nicht hinter dem Jahre 1911 zurückbleiben werden.

Besonders erfreulich ist an der Abrechnung, auch für die übrige Arbeiterschaft die finanzielle Erstarkung der Organisation der Metallarbeiter. Sie war nötig! Sieht doch die feste Kampfbereitschaft angesichts der Entwicklung der Unternehmerverbände und deren Aussperrungsgelüste hohe Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes. Hinzu kommt, daß namentlich die Erwerbslosenunterstützung steigend große Mittel beansprucht. Hierfür allein sind für die Zeiten wiederkehrender Krise beträchtliche Reserven erforderlich. Diesen Reserve- und Kampffonds zu erhalten und zu stärken, muß das Ziel einer vorfindigen Finanz- und Unterstützungs-Politik in allen Gewerkschaften sein. Das Unterstützungsweisen darf nicht überausern. Es soll stets dem Hauptzweck der Gewerkschaften, der Verbesserung der Lohn- und

Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder, untergeordnet sein. Daß dies im Metallarbeiterverband dauernd geschieht, dafür bürgt seine Entwicklung.

Im steten Kampfe mit den Gegnern ist diese Organisation groß und stark geworden, jedoch sich die Unternehmerverbände der Metallindustrie wohl dazu bequemem müßen, die vom Verband vertretenen Forderungen seiner Mitglieder zu erfüllen. Die Metallarbeiterzeitung hat sicherlich recht, wenn sie die Vermögensentwicklung des Verbandes, wie folgt, bespricht:

Es wäre nur wünschenswert, wenn sich eine solche Stärkung des Vermögens noch längere Zeit durchführen ließe. Je besser wir gerüstet sind, desto weniger brauchen wir die Aussperrungs- und drohenden zu fürchten, desto erfolgreicher kann unser Verband die Interessen seiner Mitglieder vertreten und desto weniger wird er genötigt sein, zum äußersten Kampfmittel, zur Arbeits- einstellung, zu greifen.

Der Wahlrechtsstreik in Belgien.

Brüssel, 20. April. Der Generalstreik nimmt an Umfang zu. Die städtischen Gasarbeiter in Brüssel erklärten, daß sie sich dem Wahlrechtsstreik anschließen würden und haben für Dienstag ihre Kündigung eingereicht. Der Bürgermeister will Vorkehrungen treffen, um die Fortdauer des Dienstes zu ermöglichen. In der Vorstadt St. Gilles ist ein partieller Gasstreik ausgebrochen. In Antwerpen haben 3000 totalorganisierte Diamantarbeiter sich der Streikbewegung angeschlossen. Auch sonst wird für morgen eine weitere Ausdehnung des Antwerpener Streiks erwartet.

Der Sekretär der Metallarbeiter des Bezirks Seraing, Lahaut, ist verhaftet worden. In den Hauptstraßen Wütlich fand heute eine grandiose Wahlrechtsdemonstration statt. Wandervogel und die Brodlerer sprachen zu den Massen. Morgen manifestiert das Centre, am Dienstag werden in Charleroi die Streikenden an dem Begräbnis des Demokraten Janson, eines Vorkämpfers des Wahlrechts, teilnehmen. Wandervogel wird bei der Leichenfeier sprechen.

Brüssel, 20. April. Der Scharstreik. Die Zeitungs- leser haben den Streikbeschluss ihres Verbandes nicht innegehalten. Alle bürgerlichen Zeitungen sind heute erschienen, dagegen der „Peuple“ nicht. Die desorganisatorische Haltung der Zeitungs- leser kam heute in einer Sitzung des Buchdruckerverbandes mit

dem Streikomitee zur Verhandlung. Es wurde die Weiterführung des Zeitungsstreikes beschlossen; die Streikbrecher sollen aus der Organisation ausgeschlossen werden. Sollte das Nichterscheinen der bürgerlichen Blätter nicht erreicht werden können, so soll auch der „Peuple“ hergestellt werden. Man erhofft jedoch eine Wendung, da die anonymos organisierten Streikbrecher das Nichterscheinen der Blätter möglich machen können. Die Schuld an der vorerwähnten Situation wird dem Bureaokratismus und dem Zünfftum des Verbandsamtees der Buchdrucker zugeschoben, das den Druck der Streikbulletins und dringender Proklamationen verzögerte.

Der Friede auf dem Balkan.

Die Friedenspräliminarien sollen aller Wahrscheinlichkeit nach noch diese Woche in London unterzeichnet werden. Auch in Berlin wird in den maßgebenden Kreisen die Situation im Sinne des baldigen Friedens günstig beurteilt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt hierüber folgende Mitteilungen:

Die Friedensausichten haben sich im Laufe der Woche weiter befestigt. Die Balkanverbände haben sich über ihre Antwort an die Mächte verständigt, und man erwartet, daß sie binnen kurzem die Friedensvermittlung annehmen werden. Vor Tschatala- schka herrscht seit dem 14. d. Mts. auf Grund einer mündlichen Vereinbarung der Armeekommandanten Waffenruhe. Tatsächlich ist auch vor Skutari ohne eine derartige Vereinbarung ein Stillstand in den Kämpfen eingetreten. Daß die Serben hier endgültig von der Beteiligung an der Belagerung zurückgetreten sind, kann als weiteres Zeichen für die Entwicklung zum Frieden betrachtet werden.

Die Verhandlungen der Botschafter in Petersburg über den bulgarisch-rumänischen Ausgleich stehen vor ihrem Abschluß. Das Ergebnis dürfte für beide Teile annehmbar sein.

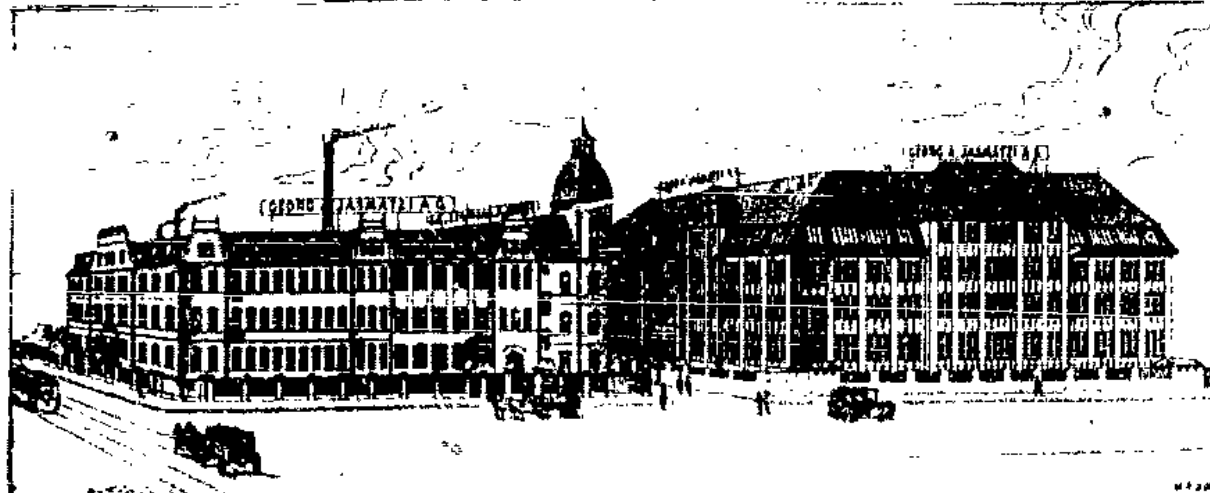
Nach den neuesten Meldungen haben tatsächlich die letzten serbischen Truppen vor Skutari dieses verlassen und ist die Stadt nur noch von den Montenegrinern eingeschlossen.

Bereinskalendar.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
5. Bezirk (Langfuhr). Frauenmitgliederversammlung am
Donnerstag, den 24. April, abends 8 Uhr bei Ehring, Michaelisweg.

Ein Monument deutscher Industrie!

Die Freude des Menschen am Tabakgenuss besteht seit Jahrhunderten bis heute ungeändert fort, und nichts auf der Welt wird mehr so häufig und verbreitet als der Genuss der Zigarette. Im Gegenzug hierzu hat aber die Form des Zigarettenobjektes in mancher Hinsicht Wandel erfahren, Wandlungen, wie sie eben der Zeitgeist notwendigerweise im Gefolge hat. Gegenwärtig herrscht die Zigarette kleiner, eleganter, milder und billiger als die Zigarre, hat sie diese schnell befeigt und eine Industrie herangebildet, die an Kapazität des Aufschwunges ihres Gleiches sucht. Unsere Illustration zeigt den Aufschwung dieser Industrie im Bilde der größten deutschen Zigarettenfabrik Georg A. Jasmahli Akt.-Ges. in Dresden. Der linke Flügel ist der alte Teil der Fabrik, der rechte Teil ein Neubau, der mehr als 25000 Quadratmeter Nutzfläche einnimmt, davon allein ca. 11 000 Quadratmeter für Zolager an Roh- tabak. In den gesamten Anlagen werden durch ein Heer von Arbeitern mit ca. 260 verschiedenen Maschinen täglich bis zu 7 Millionen Zigaretten hergestellt, was nicht nur die heutige Bedeutung der Zigaretten-Industrie illustriert, sondern auch altbekannten Fabrikate dieser Firma sind die



als ein Beweis der Beliebtheit der Jasmahli-Zigaretten gelten kann. Die beliebtesten Qualitätsmarken „Infer Marine“ (2 1/2 Pfg.), „Jasmahli-Dubec“ (2 1/2 Pfg.) und „Elmas“ (3 1/2 Pfg.)

als ein Beweis der Beliebtheit der Jasmahli-Zigaretten gelten kann. Die beliebtesten Qualitätsmarken „Infer Marine“ (2 1/2 Pfg.), „Jasmahli-Dubec“ (2 1/2 Pfg.) und „Elmas“ (3 1/2 Pfg.)

Modern
Schick
Billig

Sommerhüte

Ausnahme-Angebot!

Garnierte Hüte	195	245	395	
moderne kleine Form, mit seidener Band- schleife				
moderne kleine Form, mit modernem Band und Seiden-Garnituren	475	545	695	850
größere Form, mit seidener Blume und Band- Garnierungen	350	495	575	750
Frauen-Hüte, Toques	395	465	595	650 975
in Stroh und Reifhaar, schwarz und farbig				
Hut-Formen	195	295	450	600
moderne kleine, in allen Farben				
Hut-Formen	95	195	265	1500
in Tagalin, Reifhaar, Tagalin, Reifhaar, Reifhaar- Geflechten, in moderner Farbe			bis	
Sporthüte	95	175	295	425 550 675
moderne Formen				
Kinder-Schulhüte			95	275
blauweiß				

Bänder, Federn, Blumen
norm. billig.

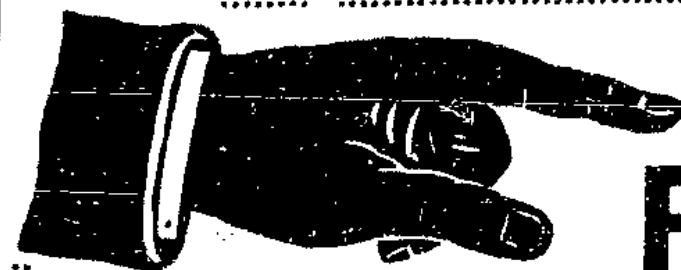
Modernisieren und Anarbeiten
schnell und billig.

Hutnadeln und Hutnadelstutzer.

Julius Goldstein

Rabattmarken. Lawendelgasse 4. Rabattmarken.

Bitte auf die Firma zu achten. Bitte auf die Firma zu achten.



Für die Einsegnung.

Jackett-Anzüge ein- und zweireilig aus dunkelgem. Stoffen und blau Cheviot	10 Mk. an
Jackett-Anzüge aus schwarzem Kammgarn, Tuch und Tuchcheviot	10 Mk. an
Schwarze und weisse Handschuhe Kragen, Krawatten u. Manschetten.	

Barzahlung 4 Prozent. Barzahlung 4 Prozent.

Ertmann & Perlewitz

Danzig, Holzmarkt 23, 25, 26.

Max Strauß G. m. b. H.
113 Breitgasse 113.
Herrenhüte u. Mützen

Enorme Auswahl. Billige Preise
Tagnergasse Nr. 3 ist eine Wohnung zu vermieten, bestehend aus Stube, Küche und Keller.
Junger Mann findet zum 1. 5. lauberes Logis mit auch ohne Kost. Sakelwerk 34, 3. Tr., r.
Ein fast neues Verrihok ist zu verkaufen. Engl. Damm 29, Garten, T. 1, Rahmel.
Halte meine Schuhmacherei den werten Genossen bestens empfohlen. Friz Robaczek, Jungferngasse 30.
Ein freundliches Kabinett zu verm. Pferdetränke 11, 1 Tr.

Deutscher Holzarbeiterverband

Donnerstag, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Maurerherberge, Schiffselldamm

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
2. Bericht und Neuwahl der Kartelldelegierten.
3. Wahl zur Werkkommission.
4. Stellungnahme zum 1. Mai.
5. Verschiedenes.
Das Mitgliedebuch ist vorzuzeigen!

Die Ortsverwaltung.
J. A. Franz Unterhalt.

Zur bevorstehenden Maifeier

empfehlen wir

Arbeiter-Liederbücher

Stück 5 Pf.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32.